



Der Schweizer Erweiterungsbeitrag

Zwischenbilanz zum Ende
der Verpflichtungsperiode
mit den EU-10

2007-2012 



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

**Direktion für Entwicklung
und Zusammenarbeit DEZA**

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO

Inhaltsverzeichnis

Das Wichtigste in Kürze	2
Der Erweiterungsbeitrag	4
Projektziele	6
Korrekte Verwendung der Mittel	14
Nutzen für die Schweiz	16
Sechs Fragen an SECO und DEZA	18
Stimmen aus den Partnerstaaten	20
Ausblick	22
Anhang 1: Die einzelnen Partnerstaaten im Überblick	24
Anhang 2: Übersicht nach Projektzielen und Partnerstaaten	44
Anhang 3: Entwicklung der Partnerstaaten	45
Tabelle 1: Wirtschaftliche Entwicklung	45
Tabelle 2: Menschliche und soziale Entwicklung	46
Tabelle 3: Umwelt und Energie	47
Anhang 4: Weitere Informationen	48

Liebe Leserinnen und Leser

Was hat die Einsatzzentrale der estnischen Rettungsdienste mit dem Begegnungszentrum in Zypern oder den Asbestsanierungen in der polnischen Woiwodschaft Lublin gemeinsam? Was verbindet hunderte lettische Schulkinder mit den Kindern in Litauen, die in einer neuen Geburtsabteilung das Licht der Welt erblicken? Weshalb hören wir aus Slowenien von der Einweihung einer mit Solarzellen ausgerüsteten Lärmschutzwand entlang der Strasse oder vom neuen Kontrollsystem der Wasserversorgung in der ungarischen Gemeinde Ózd?

Sie ahnen es: Dies alles ist das Ergebnis der Schweizer Unterstützung im Rahmen des Erweiterungsbeitrags. Am 26. November 2006 haben die Schweizer Stimmberechtigten mit ihrem Ja zum Osthilfegesetz den Weg frei gemacht, um eine Milliarde Franken in den zehn Staaten, die 2004 der Europäischen Union beigetreten sind, zu investieren. Mit der Genehmigung des entsprechenden Rahmenkredits durch das Parlament am 14. Juni 2007 wurde der Erweiterungsbeitrag endgültig Tatsache. Fünf Jahre später endet nun die erste Phase, in der die Genehmigung der Projekte im Vordergrund stand. In den nächsten fünf Jahren bis 2017 werden die Projekte umgesetzt.

Lassen Sie sich von der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) und dem Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) über die Eigenheiten und Errungenschaften des Erweiterungsbeitrags informieren. Es ist Zeit, eine erste Bilanz über das erklärte Ziel zu ziehen, die wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten Europäischen Union abzubauen.

Sie erfahren viele Fakten und Hintergründe zu den Projekten und den Ländern, in denen diese Projekte realisiert werden. Stimmen aus den Partnerstaaten runden die Einschätzung der Schweizer Experten über den Genehmigungsprozess ab. Auch der Nutzen für die Schweiz sowie die Herausforderungen und Chancen werden beleuchtet. Sie erhalten zudem Antworten auf die Fragen, wie die Qualität der Projekte sowie die korrekte Verwendung der Gelder sichergestellt werden.

Wir wünschen Ihnen viel Vergnügen bei der Lektüre.



Marie-Gabrielle Ineichen-Fleisch
Staatssekretärin
Direktorin des SECO



Martin Dahinden
Botschafter
Direktor der DEZA

Das Wichtigste in Kürze



Wer, wann und was?

Im November 2006 hat das Schweizer Stimmvolk mit dem Osthilfegesetz den Erweiterungsbeitrag genehmigt.

In Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, der Slowakei, Slowenien, der Tschechischen Republik, Ungarn und Zypern (EU-10) wurden bis Mitte Juni 2012 alle Projekte in einem zweistufigen Verfahren genehmigt. Die Projektumsetzung erfolgt bis Juni 2017. Seit 2009 unterstützt die Schweiz auch Bulgarien und Rumänien. Die Projekte in diesen beiden Ländern werden bis Dezember 2014 genehmigt.

Wieviel?

In den EU-10 erhalten 210 Projekte Schweizer Beiträge von insgesamt rund 950 Millionen Franken. Dies entspricht 100% des vorgesehenen Projektbudgets für die EU-10. Dazu kommen die Umsetzungskosten auf Schweizer Seite (rund 50 Millionen Franken). Mindestens 15% der Projektkosten werden in der Regel von den Partnerstaaten finanziert.

Für Bulgarien und Rumänien stehen zusätzlich 257 Millionen Franken zur Verfügung.



Wie?

Die Projektvorschläge werden von den Partnerländern eingereicht und von der Schweiz geprüft und bewilligt.

Im Rahmen der Projektumsetzung werden Aufträge im jeweiligen Land öffentlich ausgeschrieben. Es gelten die entsprechende nationale Gesetzgebung über das öffentliche Beschaffungswesen sowie die Richtlinien der EU und der Welthandelsorganisation (WTO).

Um auch die wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten innerhalb der Länder abzubauen, werden in den grösseren Partnerstaaten weniger entwickelte Regionen besonders gefördert. In Polen, der Slowakei, der Tschechischen Republik und Ungarn fließen mehr als 40% des Beitrags in die strukturschwachen Schwerpunktregionen.

Die Schweiz trifft verschiedene Massnahmen, um die korrekte Verwendung der Mittel zu gewährleisten. Sie prüft die Ausschreibungen und die Auftragsvergabe. Die Partnerstaaten berichten regelmässig über die Projektumsetzung, und spätestens bei Abschluss eines Projekts wird durch eine zertifizierte Organisation ein Finanzaudit vorgenommen. Eine gewisse Sicherheit bietet auch der Auszahlungsmodus: Die Partnerstaaten leisten Vorauszahlungen, bei Verdacht auf Unregelmässigkeiten kann die Schweiz ihre Rückvergütungen stoppen.

Warum?

Mit dem Erweiterungsbeitrag unterstützt die Schweiz den Abbau von wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten innerhalb der EU und beteiligt sich damit solidarisch an den Kosten der EU-Erweiterung. Die finanzierten Projekte tragen insbesondere zur Erfüllung folgender Ziele bei:

- Wirtschaftswachstum und bessere Arbeitsbedingungen
- Soziale Sicherheit
- Umweltschutz
- Öffentliche Sicherheit
- Stärkung der Zivilgesellschaft

Der Erweiterungsbeitrag ist auch im eigenen Interesse der Schweiz. Mit den Projekten werden zahlreiche Partnerschaften gefördert. Durch die Zusammenarbeit festigt die Schweiz aber nicht nur die Beziehungen zu den neuen EU-Mitgliedstaaten, sondern zur gesamten EU. Der Erweiterungsbeitrag ist ein wichtiges Instrument der Schweizer Europapolitik und stärkt das Ansehen der Schweiz. Dadurch erhöhen sich die Chancen der Schweizer Unternehmer bei öffentlichen Ausschreibungen in der EU. Ausserdem verbessert der Erweiterungsbeitrag Perspektiven vor Ort und dürfte so den Einwanderungsdruck auf die Schweiz vermindern.

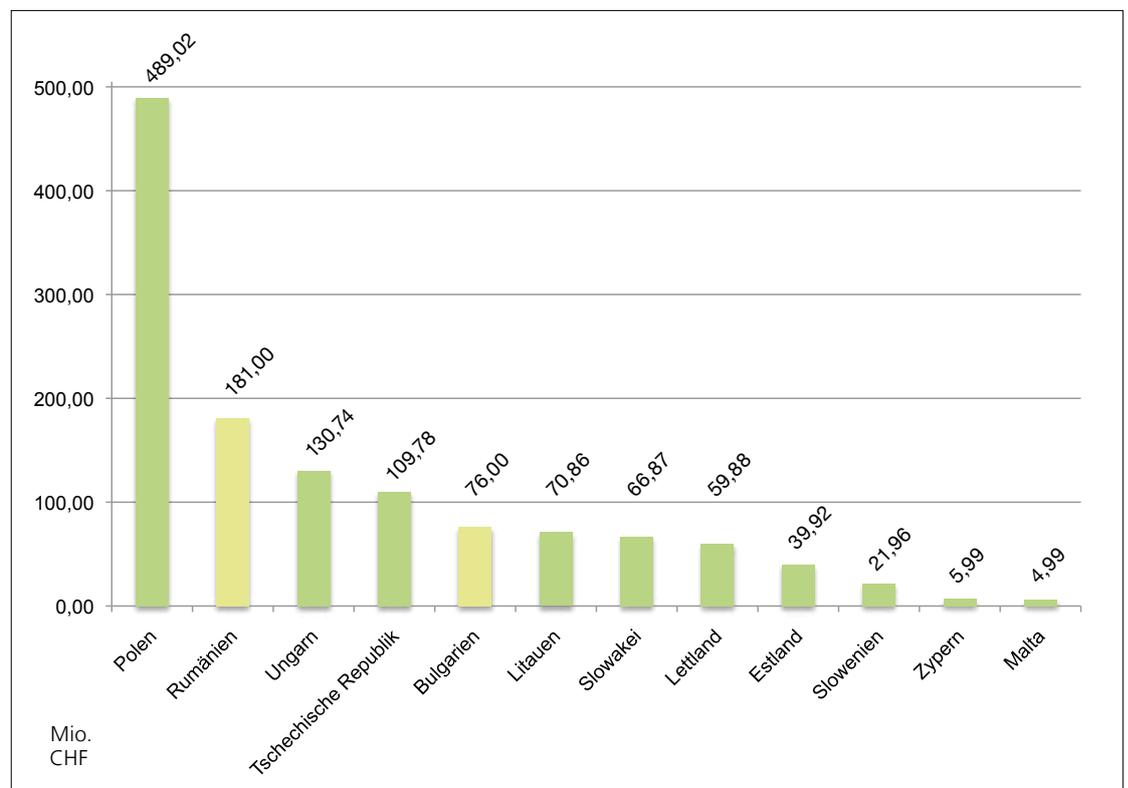


Der Erweiterungsbeitrag

Die zehn Länder Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern (EU-10) sind der Europäischen Union (EU) im Jahr 2004 beigetreten. Drei Jahre später kamen Bulgarien und Rumänien dazu. Diese zwölf Staaten sind damit die jüngsten Mitglieder der EU. Mit Ausnahme von Malta und Zypern unterstützte die Schweiz diese Länder bereits in den 90er-Jahren bei der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Transition.

Trotz der Aufnahme in die EU bestehen nach wie vor grosse wirtschaftliche und soziale Ungleichheiten zwischen den älteren und diesen jüngsten Mitgliedern der EU. Aus diesem Grund unterstützt die EU diese Länder weiterhin in ihrer Entwicklung, um den Zusammenhalt innerhalb der Gemeinschaft (Kohäsionspolitik) zu fördern.

Die Schweiz anerkennt die Erweiterung der EU als einen grossen Schritt zu mehr Sicherheit, Stabilität und Wohlstand auf dem europäischen Kontinent. Deshalb unterstützt sie mit dem Erweiterungsbeitrag die EU – notabene die wichtigste politische und wirtschaftliche Partnerin der Schweiz – bei ihrem Ziel, die wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten EU abzubauen. Die Schweizer Unterstützung im Umfang von einer Milliarde Franken für die EU-10 sowie weiteren 257 Millionen Franken zugunsten von Bulgarien und Rumänien ist nicht nur ein Zeichen der Solidarität, sondern festigt auch die bilateralen Beziehungen zur EU. Die Schweiz entscheidet autonom und vereinbart direkt mit den Partnerstaaten, welche Projekte sie unterstützt.



Grafik 1: Geografische Aufteilung des Erweiterungsbeitrags

Die Aufteilung des Erweiterungsbeitrags auf die zwölf Partnerstaaten beruht im Wesentlichen auf der Bevölkerungsgrösse und dem Pro-Kopf-Einkommen.



Die Rechtsgrundlage für den Erweiterungsbeitrag ist das Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas, das die Schweizer Stimmberechtigten am 26. November 2006 mit 53,4 Prozent Ja-Stimmen guthiessen. Das Parlament genehmigte den entsprechenden Rahmenkredit am 14. Juni 2007 (respektive am 7. Dezember 2009 für Bulgarien und Rumänien). Die Schweiz schloss mit allen zwölf Partnerstaaten je ein bilaterales Rahmenabkommen ab, in dem die Abläufe und Verpflichtungen geregelt sind.

Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) und das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) sowie die gemeinsamen Büros vor Ort in Warschau, Riga, Prag, Budapest und Bukarest begleiten die Umsetzung der Projekte. Alle Projekte werden bis Juni 2017 abgeschlossen (respektive bis Dezember 2019 im Falle von Bulgarien und Rumänien). Die Genehmigung der Projekte erfolgt in den ersten fünf Jahren nach der Gutheissung des Rahmenkredits. Diese fünf Jahre sind für die EU-10 am 14. Juni 2012 abgelaufen. Nachfolgend erhalten Sie eine Übersicht und Hintergrundinformation zu den in den EU-10 genehmigten Projekten.

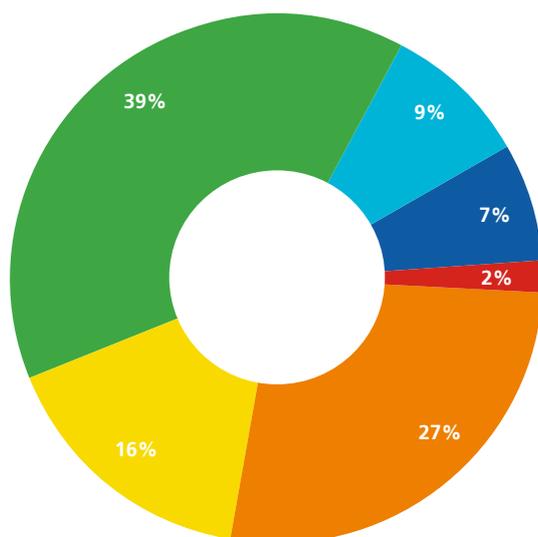


Projektziele



Die EU-10 stehen trotz erheblichem Wachstum und grossen Fortschritten seit ihrem Beitritt noch immer vor grossen Herausforderungen. So belegen die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Indikatoren den oft noch erheblichen Rückstand im Vergleich zum EU-Durchschnitt (siehe Tabellen 1, 2 und 3 im Anhang 3). Der Erweiterungsbeitrag bezweckt, zum Abbau dieser wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten beizutragen. Um dies zu erreichen, schaffen die finanzierten Projekte Arbeitsplätze und fördern das Wirtschaftswachstum. Die soziale Sicherheit wird verbessert und die Umwelt besser geschützt. Ein spezielles Augenmerk wird auch auf die Bereiche öffentliche Sicherheit und Stärkung der Zivilgesellschaft gerichtet. Auf diese Weise schafft die Schweiz Perspektiven vor Ort und bekämpft so auch Ursachen der Abwanderung. Dies sollte den Einwanderungsdruck auf die Schweiz tendenziell reduzieren.

Grafik 2: Aufteilung des Erweiterungsbeitrags an die EU-10 nach Projektzielen



In den EU-10 erhalten 210 Projekte Schweizer Beiträge im Umfang von insgesamt rund 950 Millionen Franken.

- Wirtschaftswachstum fördern und Arbeitsbedingungen verbessern
- Soziale Sicherheit erhöhen
- Umwelt schützen
- Öffentliche Sicherheit erhöhen
- Zivilgesellschaft stärken
- Projektvorbereitung und technische Hilfe

Wirtschaftswachstum fördern und Arbeitsbedingungen verbessern

Mit 257,7 Millionen Franken unterstützt die Schweiz Projekte, mit denen das Wirtschaftswachstum gefördert wird und die Arbeitsbedingungen verbessert werden. Dazu gehören der Zugang zu langfristiger Finanzierung für kleine und mittlere Unternehmen (KMU), die Exportförderung, die Anwendung internationaler Normen im Bereich der Rechnungslegung, die Förderung strukturschwacher Regionen, Forschungs- und Stipendienprogramme sowie die Berufsbildung.



Zugang zu externer Finanzierung für Mikrounternehmen und KMU

Durch den Erweiterungsbeitrag erhalten in Lettland, Polen, der Tschechischen Republik und Ungarn rund 800 Unternehmen Mikrokredite, Risikokapital und Garantien für Investitionskredite. Das schafft oder erhält rund 2000 Arbeitsplätze. Beitrag: 86,1 Millionen Franken.



Exportförderung für KMU

Pilotprojekte in rund 100 polnischen KMU stärken die soziale Verantwortung der Unternehmen. In Ungarn wird der Tourismus in den strukturschwachen Regionen gefördert. Dank Ausbildung und gezielter Vermarktung soll die Anzahl Besucher um fünf Prozent steigen. Beitrag: 7 Millionen Franken.



Regulierung des Finanzsektors

Der Erweiterungsbeitrag finanziert die Weiterbildung von Behörden und Verbänden in der Anwendung internationaler Normen im Bereich Rechnungslegung und Buchprüfung. International vergleichbare Rechnungslegungen und glaubwürdige Abschlussprüfungen verbessern das Investitionsklima und die Stabilität des Finanzsektors in Estland, Lettland, Polen, Slowenien und der Tschechischen Republik.

Beitrag: 16,8 Millionen Franken.



Regionale Entwicklung und Beschäftigung

Die Schweiz fördert den Tourismus und die Vermarktung regionaler Produkte in strukturschwachen Regionen Ungarns, der Slowakei und Polens. Der Ausbau von sportlichen und kulturellen Einrichtungen erhöht die Attraktivität dieser Regionen für den Tourismus. Durch diese 15 Projekte werden mehr als 6000 Leute ausgebildet, ungefähr 250 Unternehmen gegründet und annähernd 1000 Arbeitsplätze geschaffen sowie weitere 1000 lokale Kleinunternehmer und landwirtschaftliche Betriebe unterstützt. Begleitet werden die meisten dieser Tätigkeiten durch Promotionskampagnen, Weiterbildungen und Beratungsdienstleistungen. Damit die Förderung der Regionalentwicklung eine nachhaltige Wirkung entfalten kann, ist der Aufbau oder die Unterstützung von lokal verankerten Strukturen nötig. Die Palette reicht dabei von Touristen-Informationssystemen, Verkehrsbüros und Zentren der regionalen Wirtschaftsförderung bis hin zu Berufsbildungsinstitutionen.

Beitrag: 64,2 Millionen Franken.



Forschung und Entwicklung

In ausgewählten wissenschaftlichen Bereichen (z.B. Demokratie und Föderalismus, erneuerbare Energien, Umwelt und Gesundheit) ist ein längerfristiger Wissensaustausch mit Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, der Slowakei, Slowenien, der Tschechischen Republik und Ungarn entstanden. Verschiedene Forschungsstipendien ermöglichen rund 750 jungen Wissenschaftlern zwischen 2011 und 2017 einen mehrmonatigen Forschungsaufenthalt in der Schweiz. Die Schweiz finanziert ausserdem den Aufbau von über 100 Forschungspartnerschaften im Hochschulbereich, welche in vielen Fällen über die Dauer der Projekte Bestand haben werden.

Beitrag: 83,5 Millionen Franken.

Soziale Sicherheit erhöhen

Mit rund 145,4 Millionen Franken wird eine breite Palette von Massnahmen im Bereich der sozialen Sicherheit finanziert. Im Zentrum stehen dabei ältere und kranke Menschen sowie die Jugendförderung. Die 36 Projekte setzen auf die fünf Schwerpunkte Basis-Gesundheitsdienste, Modernisierung von Spitälern, Prävention, Sozialdienste für bestimmte Zielgruppen sowie verschiedene soziale Dienstleistungen wie die Verbesserung des medizinischen Notfalldienstes oder die Erleichterung des Zugangs zur Schule in ländlichen Gebieten.



Basis-Gesundheitsdienste

Die Schweiz finanziert die Renovation und Ausrüstung von drei Gesundheitszentren in der Tschechischen Republik, in denen Menschen mit chronischen und unheilbaren Krankheiten behandelt werden. Ausserdem werden in rund 15 Orten Spitex-Dienste eingeführt oder ausgeweitet. In Ungarns Nordosten ermöglicht ein Projekt rund 50'000 Personen erstmals den Zugang zu Gruppenkliniken. Beitrag: 24,2 Millionen Franken.



Modernisierung von Spitälern

Die Schweiz rüstet in Litauen 22 Geburtskliniken mit neuen, modernen Apparaten aus. Zudem werden drei spezielle Ambulanzen für Neugeborene beschafft und das Personal wird weitergebildet. In Slowenien und Malta wurden moderne Apparate für Radiotherapie sowie zur Krebsdiagnostik und in Estland eine Ausrüstung zur Bewegungstherapie verunfallter Kinder finanziert. Partnerschaften mit Ärzten und Spitälern in der Schweiz tragen dazu bei, Wissen auszutauschen und weiterzugeben.

Beitrag: 35,3 Millionen Franken.



Prävention

400'000 Kleinkinder und ihre Eltern werden in Polen in Zahnhygiene-Vorsorgeaktivitäten einbezogen, 28'000 junge Mütter werden in gesunder Ernährung instruiert. 25'000 Personen unterziehen sich Tests zu Hepatitis C, 7000 Sanitäter sowie 500 Ärzte werden in dieser Thematik weitergebildet. Der Tabak- und Alkoholmissbrauch wird landesweit mit Hilfe von 1000 Ärzten und einer Öffentlichkeitskampagne bekämpft.

Beitrag: 17 Millionen Franken.



Sozialdienste für bestimmte Zielgruppen

Ein wichtiger Programmteil sind die Renovation sowie die zeitgemässe Ausrüstung und Pflege in Zentren und Heimen für ältere oder kranke Menschen in Polen, der Tschechischen Republik und der Slowakei. Insgesamt wird die Lebensqualität in rund 50 Heimen verbessert, weit über 1000 Fachpersonen erhalten eine Weiterbildung. Ausserdem werden zehn Gemeinschaftszentren für die Roma-Minderheit in der Slowakei unterstützt, und in Estland entstehen zehn zeitgemässe Wohnzentren für elternlose Kinder.

Beitrag: 49,9 Millionen Franken.



Verschiedene soziale Dienstleistungen

Neue Schulbusse erleichtern 9000 lettischen Schulkindern in ländlichen Streusiedlungen den Zugang zur Schule. In Estland modernisiert die Schweiz die Notfalldienste, so dass sich deren Reaktionszeit und die Versorgungsqualität der Patienten landesweit erhöhen. Schliesslich wird, zusammen mit Schweizer Experten, dort auch der Umgang mit drogenabhängigen Straftätern verbessert. In Ungarn unterstützt die Schweiz ein Stipendienprogramm für Sekundarschüler aus benachteiligten Bevölkerungsgruppen.

Beitrag: 19 Millionen Franken.

Umwelt schützen

Rund 371 Millionen Franken des Erweiterungsbeitrags kommen Projekten zugute, die dem Umweltschutz dienen. Dazu gehören Infrastrukturprojekte, die den öffentlichen Verkehr, die Trinkwasserversorgung, die Abwasserreinigung, die Energieeffizienz, die Nutzung erneuerbarer Energien, die Entsorgung von Sonderabfällen sowie die Umweltüberwachung fördern. Diese Projekte tragen nicht nur zum Umweltschutz bei, sondern reduzieren auch die Gesundheitsrisiken für den Menschen, verbessern die Lebensbedingungen der Bevölkerung und fördern die wirtschaftliche Entwicklung. Neben diesen Infrastrukturprojekten unterstützt die Schweiz auch Projekte im Bereich Naturschutz und Erhalt der Artenvielfalt.



Öffentlicher Verkehr

Dank dem Erweiterungsbeitrag werden in Polen und der Tschechischen Republik künftig gegen 23 Millionen Fahrgäste von vier neuen (Bus-)Bahnhöfen, einer neuen Tram- und einer neuen Trolleybuslinie, zusätzlichen Verkehrsnetzverbindungen, vier Dieselmotoren, sechs Triebfahrzeugen, zwei Fahrgastinformationssystemen und einer behindertengerechten Bahninfrastruktur profitieren. Dank dem Umstieg auf den öffentlichen Verkehr verringert sich der Kohlendioxidausstoss. Beitrag: 68,6 Millionen Franken.



Trinkwasserversorgung

In Ungarn werden 100 Kilometer Rohrleitungen saniert und 40 Kilometer neu verlegt. 200'000 Einwohner profitieren so von besserer Wasserqualität und tieferen Wartungskosten. Beitrag: 24,9 Millionen Franken.



Abwasserreinigung

In der Slowakei sind nur etwa 60% der Haushalte an das Kanalisationsnetz angeschlossen. Mit dem Erweiterungsbeitrag werden 55 Kilometer Kanalnetz neu gebaut oder modernisiert. Dadurch können 10'000 Einwohner an das Kanalisationsnetz angeschlossen werden. Durch den Aus- und Neubau von Kläranlagen kann in neun slowakischen Gemeinden ausserdem gut vier Mal mehr Abwasser gereinigt werden. Dies trägt nicht nur zum Gewässerschutz bei, sondern verbessert auch die Lebensbedingungen in den Gemeinden. In Lettland wird zudem ein verseuchtes Hafengebiet saniert, um die Verschmutzung des in die Ostsee mündenden Flusses Daugava zu stoppen. In Zypern wird eine Kläranlage zur Behandlung von Industrie- und Haushaltsschlamm gebaut. Beitrag: 43,9 Millionen Franken.



Energieeffizienz und erneuerbare Energie

In Estland, Litauen, Polen, Slowenien und Ungarn wird die Nutzung erneuerbarer Energien in mehr als 16'000 Haushalten und rund 300 öffentlichen Gebäuden gefördert sowie die Erhöhung der Energieeffizienz in rund 700 Haushalten und rund 50 öffentlichen Gebäuden unterstützt. In Polen wird ein mit Biomasse betriebenes Heizkraftwerk gebaut und in Slowenien eine 600 Meter lange Lärmschutzwand mit Solarzellen bestückt. Es wird erwartet, dass mit all diesen Massnahmen der jährliche Kohlendioxidausstoss um gesamthaft rund 70'000 Tonnen pro Jahr reduziert werden kann. Beitrag: 155,4 Millionen Franken.



Umweltmonitoring

Dank der Modernisierung der Laboratorien und Überwachungsstationen von 16 Inspektoraten, Agenturen und Forschungsanstalten in Estland und Ungarn können Abfalldeponien, Wasser, Luft, Radioaktivität und Naturgefahren künftig besser überwacht werden. Die flächendeckenden und zuverlässigen Umweltdaten braucht es nicht nur, um diverse EU-Richtlinien umzusetzen. Sie ermöglichen es den Behörden insbesondere, fundierte und wirksame Entscheidungen zum Schutz der Umwelt zu treffen. Beitrag: 19,3 Millionen Franken.



Abfallentsorgung

In Polen profitieren 31'000 Einwohner vom Bau einer neuen Entsorgungsanlage. Vier Deponien sollen saniert werden. Weiter unterstützt die Schweiz Polen dabei, ein System zur Überwachung und Entsorgung von Asbest einzuführen, asbesthaltige Abfälle aus illegalen Deponien zu entfernen und die Hausdächer von rund 14'000 Haushalten und elf öffentlichen Gebäuden zu sanieren. Rund 70'000 Tonnen asbesthaltige Abfälle werden fachgerecht entsorgt. Asbeststaub belastet nicht nur Luft und Grundwasser, sondern birgt vor allem auch Gesundheitsrisiken für die Bevölkerung.

Beitrag: 35,8 Millionen Franken.



Biodiversität

Im Zentrum der vielfältigen Massnahmen in Polen, der Slowakei, der Tschechischen Republik und Ungarn stehen der Schutz sowie die Förderung der natürlichen Artenvielfalt. Die 16 unterstützten Projekte setzen auf vier Schwerpunkte: Erstens die Revitalisierungs- und Schutzmassnahmen auf 4'000 Hektaren in besonders artenreichen Gebieten; zweitens die Erhebung von Grundlagendaten auf mehr als 1,6 Millionen Hektaren und den Aufbau von Monitoring-Systemen in einem Gebiet von rund 22'000 km², der Hälfte der Fläche der Schweiz; drittens die Förderung einer ökologisch und sozial nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung mit sanftem Tourismus in 45 Gemeinden, einschliesslich der Aus- und Weiterbildung von Behördenvertretern, Landwirten und Waldbesitzern; und viertens die breit angelegten Sensibilisierungskampagnen, die 1,5 Millionen Menschen erreichen und zu ökologisch nachhaltigem Verhalten animieren sollen. In Ungarn werden zudem zahlreiche Schulprojekte unterstützt mit dem Ziel, über 600 Schulen bezüglich ihres nachhaltigkeitsfördernden Unterrichts zu zertifizieren und 200'000 Schülerinnen und Schüler in umweltrelevanten Fragen weiterzubilden. In allen Projekten wird dem Einbezug der lokalen Bevölkerung und Behörden höchste Priorität beigemessen. Zahlreiche Projekte liegen im Einzugsgebiet des Karpaten-Gebirgszugs, welcher in vielen Aspekten mit demjenigen der Alpen vergleichbar ist. In mehreren Projekten kann deshalb auch auf Wissen und die Erfahrung von Schweizer Institutionen zurückgegriffen werden.

Beitrag: 23,1 Millionen Franken.

Öffentliche Sicherheit erhöhen

Knapp 88,1 Millionen Schweizer Franken werden für Massnahmen zur Sicherung der Grenzen, für die Modernisierung des Gerichtswesens und für die Bekämpfung des organisierten Verbrechens und der Korruption sowie für die Bewältigung von Naturkatastrophen bereitgestellt.



Modernisierung des Gerichtswesens

Der Schweizer Beitrag hilft, Justizverfahren zu beschleunigen und somit die Kosten der Verfahren zu senken. In den drei baltischen Staaten sowie in der Slowakei werden über 180 Gerichte und Gefängnisse mit moderner Technologie für Videokonferenzen oder Audioaufnahmen ausgestattet. Ungarische Gerichtsgebäude erhalten eine bessere IT-Ausrüstung, 104 Metalldetektoren und 45 Röntgenscanner.

Beitrag: 20,7 Millionen Franken.



Grenzsicherheit

Bei sechs Grenzübergängen wird die Infrastruktur oder die Ausrüstung wesentlich verbessert. Ziel ist, die Abwicklung des Grenzverkehrs zu optimieren und die organisierte Kriminalität zu bekämpfen. In Polen werden mobile Einsatzgruppen mit 70 speziellen Fahrzeugen ausgerüstet, um die Bewachung der fast 1200 km langen Schengen-Aussengrenze zu verbessern. Ebenfalls mit Polen wurde eine intensive Zusammenarbeit im Bereich der Migration vereinbart. Nationale und lokale Behörden werden in einem weiteren grösseren Projekt zur Erhöhung der Sicherheit im Strassenverkehr ausgebildet.

Beitrag: 35 Millionen Franken.



Kampf gegen Korruption und organisierte Kriminalität

Neben den Grenzbehörden werden auch Polizeibehörden unterstützt und gestärkt. Insgesamt 500 Polizeimitarbeiter profitieren von Weiterbildungsmassnahmen. Parallel dazu wird die technische Ausrüstung der Polizeieinsatzkräfte erneuert und es werden Informatiksysteme für die Ermittlung und Analyse finanziert. Die Mehrheit der Projekte fördert die Zusammenarbeit zwischen den nationalen Justiz- und Sicherheitsbehörden sowie deren Integration in die europäischen Netzwerke. Auch die Zusammenarbeit mit Schweizer Behörden wird unterstützt. In Ungarn erfolgt ausserdem die Einführung der bevölkerungsnahen Polizei (Community Policing) in kleineren Städten, dies in Zusammenarbeit mit Spezialisten aus der Schweiz.

Beitrag: 16,5 Millionen Franken.



Bewältigung von Naturkatastrophen und Notsituationen

In Ungarn werden Projekte für den Schutz vor Hochwasser finanziert, vor allem im Einzugsgebiet der Theiss. Durch verbesserte Hochwasserprognosen oder Sanierungen von Dammbauwerken werden rund 350'000 Bewohner im Nordosten Ungarns besser vor Überschwemmungen geschützt. In Polen und der Tschechischen Republik werden Behörden im Umgang mit Not- und Krisensituationen unterstützt. In Estland schliesslich werden 200 Fachleute zur Verbesserung der Feuersicherheit in öffentlichen Krankenhäusern und Spitälern ausgebildet, in Lettland wird mit der Ausbildung der Verantwortlichen und mit zusätzlicher Ausrüstung in 140 Schulen die Feuersicherheit ebenfalls erhöht.

Beitrag: 16 Millionen Franken.

Zivilgesellschaft stärken

Mit 69,2 Millionen Franken finanziert die Schweiz Projekte, welche die Zivilgesellschaft stärken und die Partnerschaften zwischen Schweizer und lokalen Institutionen fördern. Die Schweiz unterstützt diese Projekte mit Beiträgen zwischen 10'000 und 250'000 Franken.



Nichtregierungsorganisationen (NGOs)

In allen Ländern mit Ausnahme von Malta wurde ein Fonds eingerichtet, aus welchem lokale NGOs Beiträge an rund 700 Projekte erhalten. Die Projekte sind vorwiegend in den Bereichen soziale Dienste und Umweltschutz angesiedelt. Die sozialen Projekte richten sich an Randgruppen: zum Beispiel an Kinder, die in der Schule und in der Familie Gewalt erfahren, und an ältere Menschen, die in Armut leben. Bei den Umweltschutzprojekten geht es um die Bekämpfung der Umweltverschmutzung, die Erhaltung der Artenvielfalt oder um Schutzgebiete, die wegen menschlicher Aktivitäten gefährdet sind. Mit diesen Projekten fördern die NGOs eine ausgewogene Entwicklung ihrer Region. Gleichzeitig tragen die Regeln und Anforderungen für die Projekte dazu bei, dass die NGOs in der Lage sind, ihre Arbeitsweise zu verbessern und auch ihre eigene finanzielle Basis zu stärken.

Beitrag: 53,2 Millionen Franken.



Bilaterale Partnerschaften

Durch Partnerschaftsfonds soll der Austausch von Wissen und Know-how zwischen Gemeinden sowie anderen Institutionen und Organisationen der Schweiz und der Partnerländer unterstützt und erweitert werden. Geplant sind rund 150 Projekte in Polen, der Slowakei, Slowenien, der Tschechischen Republik und Ungarn. Es entstehen wertvolle Partnerschaften in den unterschiedlichsten Bereichen, wie zum Beispiel Langsamverkehr, Abfallbewirtschaftung, Umweltbildung an Schulen oder bei der sozialen Eingliederung von Minderheiten. Damit können in bestehenden oder in neuen Partnerschaften viel beachtete Kleinprojekte realisiert werden, die Zusammenarbeit wird auf diese Weise vertieft.

Beitrag: 16 Millionen Franken.





Konzentration auf weniger entwickelte Regionen in den Partnerstaaten

Auch innerhalb der neuen EU-Mitgliedstaaten bestehen grosse soziale und wirtschaftliche Unterschiede. In den östlichen Randregionen führten der rasche Übergang zur Marktwirtschaft und das Fehlen von ausgleichenden Sozialversicherungssystemen zu sozialen Problemen, die durch den Wegzug qualifizierter Arbeitskräfte noch verschärft wurden. Um auch die wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten innerhalb der Länder abzubauen, werden in den grösseren Partnerstaaten weniger entwickelte Regionen besonders gefördert. Zu diesem Zweck wurde in den Abkommen mit Polen, der Slowakei, der Tschechischen Republik und Ungarn vereinbart, dass mindestens 40% des Beitrags in die strukturschwachen Regionen fliessen (siehe hellgelb eingefärbte Gebiete auf der Karte). Dieses Ziel wurde in allen vier Ländern erreicht.



Korrekte Verwendung der Mittel

Die korrekte Verwendung der Mittel ist in allen Ländern entscheidend für den Erfolg der Zusammenarbeit. Um dies zu gewährleisten, hat die Schweiz verschiedene Massnahmen getroffen.

Projektauswahl

Die Projekte werden von den Partnerländern vorgeschlagen. Bereits bei der Projektauswahl wird auf die korrekte Zuteilung der Mittel geachtet. Unabhängige Gremien, in welchen u.a. die relevanten Ministerien und NGOs vertreten sind, überprüfen die Auswahlkriterien und das Auswahlverfahren. Die Schweiz kann an den Treffen dieser Gremien als Beobachterin teilnehmen.

Die Entscheidung, ob ein Projekt finanziert wird, liegt bei der Schweiz. Die Risiken betreffend Missbrauch und Korruption sind Bestandteil der Projektprüfung.

Auftragsvergabe

Die Vergabe von Liefer- und Dienstleistungsaufträgen erfolgt gemäss WTO-, EU- und nationalem Recht. Das Partnerland muss die Einhaltung der geltenden Regeln und die Unabhängigkeit aller beteiligten Personen bei jeder öffentlichen Ausschreibung schriftlich bestätigen. Die Ausschreibungsunterlagen enthalten zudem eine Integritätsklausel. In einem Pilotprojekt in Ungarn haben alle Beteiligten zusätzlich einen Integritätspakt unterschrieben (siehe Infobox 1).

Die Schweiz hat Zugang zu allen Unterlagen im Zusammenhang mit der Auftragsvergabe.

Infobox 1: Integritätspakt zur Verminderung der Korruptionsrisiken im öffentlichen Beschaffungswesen

Der Integritätspakt ist ein Instrument von *Transparency International*, einer weltweit agierenden, nichtstaatlichen Organisation, die sich in der Korruptionsbekämpfung engagiert. Der Pakt wurde zur Bekämpfung der Korruption im öffentlichen Beschaffungsverfahren entwickelt. Dabei muss der Auftraggeber bereits in der Ausschreibung angeben, dass er den Integritätspakt anwenden will und dass sich alle Anbieter daran halten müssen. Sowohl der Auftraggeber als auch alle potenziellen Auftragnehmer unterliegen strengen Sanktionen, wenn sie im Projekt unrechtmässige Methoden anwenden. Das ganze Projekt wird von den öffentlichen Ausschreibungen bis zur Fertigstellung von unabhängigen Experten überwacht.

Umsetzungsphase

Regelmässige Berichterstattung und Audits

Die Verantwortung für die Überprüfung der erbrachten Leistungen liegt bei der Stelle, die das Projekt eingereicht hat. Diese erstattet der Schweiz mindestens alle sechs Monate Bericht über den Fortschritt des Projekts und über die in Rechnung gestellten Leistungen. Das Partnerland überprüft und bestätigt der Schweiz, dass die Rückerstattungsforderungen korrekt sind. Die Schweiz erhält Einsicht in alle relevanten Unterlagen.

Besteht ein Verdacht, dass es zu Unregelmässigkeiten gekommen ist, müssen die Partnerstaaten die Schweiz informieren. Die Partnerstaaten gehen den Verdachtsfällen nach und stellen gegebenenfalls die strafrechtliche Verfolgung nach nationalem Recht sicher.

Spätestens bei Projektabschluss wird bei jedem Projekt durch eine zertifizierte Organisation ein Finanzaudit vorgenommen. Die Schweiz wird über alle durchgeführten Audits informiert und erhält die Zusammenfassungen mit den Schlussfolgerungen und Empfehlungen.

Enge Begleitung vor Ort

Für die EU-10 haben die DEZA und das SECO in Warschau, Riga, Budapest und Prag Büros errichtet. Diese begleiten und überprüfen die Projekte vor Ort. Sie sind Teil der Schweizer Botschaften und werden von diesen unterstützt. Die Mitarbeitenden der Büros kennen die lokalen Verhältnisse und verfügen über direkte Kontakte.

Weiter vergibt die Schweiz Mandate an externe Expertinnen und Experten. Diese prüfen mit ihrem spezifischen Fachwissen Machbarkeitsstudien und Ausschreibungsunterlagen. Bei Projektbesuchen überprüfen sie die erbrachten Leistungen.

Auszahlungsstopp im Verdachtsfall

Alle Beiträge an Projekte werden in der Regel aus dem Haushalt des Partnerstaats vorfinanziert. Erst nachdem die Schweiz die vom Partnerland geprüften und bestätigten Rückerstattungsforderungen erhalten und ihrerseits überprüft hat, gibt sie die Auszahlungen frei. Bei Verdacht auf Unregelmäßigkeiten kann die Schweiz Auszahlungen stoppen und unrechtmässig bezahlte Beiträge zurückfordern.

Infobox 2: Korruptionswahrnehmungsindex von *Transparency International* (2011)

Seit 1995 klassifiziert *Transparency International* weltweit Länder bezüglich der von der Zivilbevölkerung wahrgenommenen Korruption im öffentlichen Sektor. Dieser Index bewertet die Länder aufgrund von Umfragen auf einer Skala von 0 (sehr korrupt) bis 10 (nicht korrupt). Die EU-Staaten wurden 2011 im Durchschnitt mit 6,3 Punkten bewertet. Die Resultate in den EU-10 lagen zwischen 6,4 und 4 Punkten. Die subjektive Wahrnehmung des allgemeinen Korruptionsrisikos ist in den EU-10 somit etwas stärker als in den meisten älteren EU-Staaten. Im weltweiten Vergleich wurden rund zwei Drittel der 183 untersuchten Länder schlechter bewertet als die EU-10.



Nutzen für die Schweiz



Der Erweiterungsbeitrag ist der Schweizer Beitrag zu einem sicheren, stabilen, prosperierenden und demokratischen Europa. Die solidarische Unterstützung kommt den Partnerstaaten zugute. Doch auch die Schweiz hat vom Erweiterungsbeitrag einen Nutzen, und zwar gleich in mehrfacher Hinsicht.

Partnerin wahrgenommen wird, die sich an der Bewältigung zentraler Herausforderungen auf dem Kontinent beteiligt. Die gute Zusammenarbeit mit der EU ist für die Schweiz entscheidend. Rund jeden dritten Franken erwirtschaftet sie durch Exporte in die EU.

Beziehungen zur EU festigen

Der Erweiterungsbeitrag ist ein Instrument der schweizerischen Europapolitik und verbessert das Ansehen der Schweiz im Ausland. Damit festigt die Schweiz nicht nur die bilateralen Beziehungen zu den neuen EU-Mitgliedstaaten, sondern zur gesamten EU.

Eine erfolgreiche Europapolitik hängt auch davon ab, ob die Schweiz als verantwortungsbewusste

Chancen für die Schweizer Wirtschaft

Die Erweiterung der EU hat der Schweiz viele Vorteile gebracht und erhebliche Export- und Investitionsmöglichkeiten eröffnet. Die rasch ansteigende Kaufkraft der neuen Mitgliedstaaten macht diese zu interessanten Märkten für die Schweizer Exportindustrie. Die Wirtschaft und der Werkplatz Schweiz profitieren so vom Ausbau der osteuropäischen Wachstumsmärkte und von der Schaffung eines günstigen Umfeldes zum Aufbau von neuen



Reduzierter Einwanderungsdruck und der Einfluss auf die Umwelt

Mit dem Erweiterungsbeitrag schafft die Schweiz auch verbesserte Zukunftsperspektiven vor Ort. Damit sollen die Ursachen der Abwanderung bekämpft und soll der Einwanderungsdruck auf die Schweiz reduziert werden. Zudem machen Umweltprobleme nicht an der Grenze halt. Die Projekte im Umweltbereich – viele davon tragen zum Klimaschutz bei – sind daher auch im Interesse der Schweiz.

Länderübergreifende Partnerschaften fördern

Der Erweiterungsbeitrag soll den Partnerländern Zugang verschaffen zu Schweizer Erfahrungen und zu Fachwissen, das auf kommerziellem Weg nicht abzuholen ist. Deshalb unterstützt die Schweiz auch beratende und institutionelle Partnerschaften zwischen Behörden, nicht gewinnorientierten Organisationen, Verbänden und Vereinen sowie Sozialpartnern aus der Schweiz und den Partnerländern. In rund einem Drittel der Projekte wirkt eine Schweizer Fachinstitution als beratende Partnerin mit. Das können Bundesämter sein, aber auch kantonale Fachstellen und Institutionen (zum Beispiel Spitäler, Feuerversicherung, Verkehrspolizei) sowie Verbände, Vereine und weitere Institutionen (zum Beispiel Spitex, Nationalpark, Schweizerischer Vogelschutz, Tourismusschule).

Forschungsfonds in Litauen, Polen, Ungarn, Rumänien und Bulgarien ermöglichen ausserdem institutionelle Partnerschaften zwischen Schweizer Forschungsinstitutionen und solchen aus den Partnerländern. Weiter eröffnet ein Stipendienfonds jungen Akademikerinnen und Akademikern aus den neuen Mitgliedstaaten die Möglichkeit, an einer Schweizer Universität in einer Forschergruppe mitzuarbeiten. Schliesslich bestehen in den grösseren Ländern sogenannte Partnerschafts- und NGO-Fonds, welche mit Beträgen von bis zu 250'000 Franken die Unterstützung von Partnerschaften zwischen Gemeinden, Behörden, NGOs, Vereinen und Stiftungen ermöglichen. Diese verschiedenen Instrumente erlauben es, rund 300 neue institutionelle Partnerschaften zu schaffen oder bestehende Partnerschaften zu erneuern und zu fördern.

Geschäftsbeziehungen. Dies trägt unmittelbar zur Sicherung von Arbeitsplätzen in der Schweiz bei.

Trotz des Einbruchs des Wirtschaftswachstums infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2008, der Verschuldungskrise im EU-Raum und der starken Aufwertung des Schweizer Frankens, weist die Handelsbilanz mit den EU-10 2011 einen Überschuss in der Höhe von 360 Millionen Schweizer Franken auf. Die Schweizer Direktinvestitionen in diesen Staaten haben sich seit der ersten Osterweiterung 2004 mehr als verdoppelt.

Der Erweiterungsbeitrag macht rund 0,8% der EU-Mittel zugunsten der zehn Partnerstaaten aus. Erfolgreich umgesetzte Projekte im Rahmen des Erweiterungsbeitrags tragen zum positiven Image der Schweiz in den neuen EU-Staaten und generell in der EU bei und verbessern somit auch die Chancen der Schweizer Unternehmen in diesen Ländern. In einer vor kurzem durchgeführten Umfrage zeigte sich, dass kleinere und grössere Schweizer Unternehmen in den letzten Jahren 341 Aufträge im Umfang von rund 576 Millionen Franken aus EU-finanzierten Projekten in den zwölf jüngsten EU-Staaten erhalten haben. Die tatsächlichen Aufträge aus den EU-Fonds an Schweizer Firmen dürften jedoch weit über diesem Betrag liegen.

Die Schweizer Wirtschaft profitiert aber auch direkt vom Erweiterungsbeitrag in Form von Mandaten an Schweizer Unternehmen, Konsulenten, Organisationen und Verbände. Zur Beurteilung und Durchführung von Projekten in den zwölf jüngsten EU-Staaten wurden bis Ende 2011 Mandate im Umfang von 23,5 Millionen Franken vergeben. Mit dem Abschluss der Verpflichtungsperiode in den EU-10 liegt der Fokus nun auf der Umsetzung der Projekte. Die meisten öffentlichen Ausschreibungen stehen noch bevor. Da bei der Auswahl der Zusammenarbeitsbereiche für den Erweiterungsbeitrag das Güterangebot und das Fachwissen der Schweizer Wirtschaft mitberücksichtigt wurden, kann davon ausgegangen werden, dass sich auch Schweizer Unternehmen durchsetzen.

Sechs Fragen an SECO und DEZA

Die beiden zuständigen Leiter nehmen gemeinsam Stellung

1. Welches Projekt hat Sie besonders bewegt? Oder anders gefragt: Wo ist es besonders schön, helfen zu können?

In Estland haben wir in einer Kinderklinik ein Gerät finanziert, das Kinder, die nach einem Unfall an starker Gehbehinderung leiden, bei der Rehabilitation unterstützt. Es ist ein hochkomplexes technisches Gerät und eine Schweizer Spezialität. Die Beschaffung dieses Geräts wurde von einer privaten estnischen Vereinigung vorgeschlagen und mitfinanziert. Deren Gründer ist ein Grossvater, der seine Enkeltochter wieder gehen sehen wollte. Das Gerät steht täglich im Einsatz und ermöglicht Dutzenden von Kindern den Zugang zu einem ausgezeichneten Rehabilitationstraining. Was uns besonders freut, ist, dass wir mit einem relativ bescheidenen Betrag zahlreichen Kindern in Estland eine Chance für das Wiedererlangen ihrer Gehfähigkeit geben konnten.

2. Wie hat sich die aktuelle Verschuldungskrise auf die Umsetzung des Erweiterungsbeitrags ausgewirkt?

In allen Partnerstaaten kam es ab 2010 zu teilweise massiven Budgetkürzungen und zu Änderungen von Prioritäten. Als Folge davon wurden auch die Personalausgaben reduziert und Investitionen zurückgestellt. In den für den Erweiterungsbeitrag zuständigen Verwaltungseinheiten häuften sich die Personalabgänge, auch Schlüsselpersonen wurden ersetzt. Die Zusammenarbeit wurde dadurch vorübergehend schwieriger. Besonders gravierend war jedoch, dass mehrere grössere bereits provisorisch genehmigte Projekte zurückgezogen wurden, weil die Kofinanzierung von mindestens 15% nicht mehr sichergestellt werden konnte. In Polen betraf dies einen Gesamtbetrag von mehr als 100 Millionen Franken, für den Reserveprojekte mit gesicherter Kofinanzierung identifiziert und danach mit grossem Zeitdruck ausgearbeitet werden mussten.

3. Welches Bild haben Sie nach Ihren Reisen in den vergangenen Jahren von den EU-10? Wie gross sind die Disparitäten, wie gross ist die Not?

Bei den Besuchen in den Partnerländern ist es ganz wichtig, nicht nur die grossen Städte, sondern auch Land- und Berggebiete kennenzulernen. Es beste-

hen enorme Unterschiede zwischen den modernen Strassenzügen und schmucken Flaniermeilen der Hauptstädte auf der einen Seite und den bescheidenen Wohn- und Lebensbedingungen in gewissen ländlichen Gebieten und Kleinstädten auf der anderen Seite. Es handelt sich nicht einfach um eine materielle Not, sondern darum, dass in manchen Gebieten den Menschen die Zukunftsperspektiven fehlen. In solchen Verhältnissen werden kaum Investitionen vorgenommen, und wer kann, zieht aus diesen vernachlässigten Regionen weg. Diese „Zweiteilung“ der Länder ist bedauerlich und muss gemildert werden.

4. Wie werden Schweizer Firmen über die Geschäftsmöglichkeiten im Rahmen des Erweiterungsbeitrags informiert?

Ab 2007 haben wir zum Teil in Zusammenarbeit mit der OSEC (Business Network Switzerland) eine ganze Reihe von Veranstaltungen durchgeführt, in denen wir nicht nur über den Erweiterungsbeitrag, sondern auch über die Geschäftsmöglichkeiten bei den EU-Fonds informierten. Schweizer Firmen können sich an allen öffentlichen Ausschreibungen im Rahmen von Kohäsions- und anderen Projekten beteiligen. Eine Garantie dafür, dass die Schweizer Offerte gewinnt, gibt es aus offensichtlichen Gründen nicht. Da wir von Firmenvertretern praktisch keine Anfragen mehr bekommen, glauben wir, dass interessierte Schweizer Unternehmen die Modalitäten des Erweiterungsbeitrags und der EU-Fonds nun gut kennen oder diesbezüglich unsere Webseite www.erweiterungsbeitrag.admin.ch konsultieren. Auf dieser Webseite informieren wir sowohl über die geplanten als auch über die genehmigten Projekte, und wir weisen die Firmen vor allem auch auf die laufenden Ausschreibungen hin.

5. Warum dauert es relativ lange, bis ein Projekt genehmigt wird?

Auch wir selber haben uns am Anfang den Ablauf schneller vorgestellt. Aber allein der Projektauswahlprozess im Wettbewerbsverfahren beanspruchte im Partnerland oft mehr als ein Jahr. Die Prioritäten und Kriterien für die Projektauswahl wurden im Rahmenabkommen mit dem jeweiligen Partnerstaat festgelegt. Auf dieser Basis organisierten die Partnerstaaten in der Regel so genannte Aufrufe zur Projekteingabe, bewerteten die eingegangenen Vorschläge und schlugen der Schweiz dann die besten Projekte zur Finanzierung vor. Danach beurteilten die DEZA oder das SECO die vorgeschlagenen Projekte. Im Falle einer

positiven ersten Beurteilung erhielten die Projektträger grünes Licht, die Projekte im Detail auszuarbeiten und dabei die von der Schweiz formulierten Auflagen zu berücksichtigen. Die Erstellung der gesamten Projektdokumentation und deren definitive Genehmigung durch die Schweiz sowie die Bewilligung z.B. von Baugesuchen dauerten bei grösseren Vorhaben mehr als anderthalb Jahre. Entscheidend war für uns immer, eine hohe Qualität der Projekte sicherzustellen, unter anderem durch die systematische Prüfung durch Schweizer Experten und anhand enger Kontakte mit den Projektverantwortlichen vor Ort. Die relativ lange Dauer des Genehmigungsprozesses ist also gewissermassen auch ein Preis für eine hohe Qualität der Projekte.

6. Der Schweizer Erweiterungsbeitrag ist im Verhältnis zu den EU-Mitteln zur Umsetzung der Kohäsionspolitik relativ klein. Hat der Schweizer Erweiterungsbeitrag überhaupt einen eigenen Stellenwert? Wird er in den Ländern wahrgenommen?

Natürlich erhalten die Länder von der EU im Rahmen der Kohäsionspolitik sehr viel mehr Mittel als von der Schweiz. Wir dürfen die Wirkung unseres Beitrags nicht überschätzen. Dennoch: Neben der massiven Unterstützung durch die EU kann die Schweiz mit ihren bilateralen Zusammenarbeitsprogrammen durchaus einen Unterschied machen. In vielen Projekten arbeiten Schweizer Institutionen mit und ermöglichen so einen Erfahrungsaustausch, der die bilatera-

len Beziehungen stärkt. Zum Beispiel gibt es Partnerschaften mit Schweizer Spitälern, mit Bundesstellen wie der Zollverwaltung oder dem Bundesgericht, aber auch mit zahlreichen Schweizer NGOs. Wir achten darauf, dass die Projekte, die wir mitfinanzieren, in den Medien und beim breiteren Publikum vor Ort bekannt gemacht werden. Wir allein vermögen die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in den Partnerstaaten nicht grundlegend zu verändern, aber wir können Problemlösungen ermöglichen, die als positive Beiträge der Schweiz wahrgenommen werden.



Dr. Hugo Bruggmann, Leiter Ressort Erweiterungsbeitrag/Kohäsion im SECO



Dr. Ulrich Stürzinger, Leiter Abteilung Neue EU-Mitgliedstaaten in der DEZA

Stimmen aus den Partnerstaaten

Estland



Das estnisch-schweizerische Zusammenarbeitsprogramm war für Estland eine grosse Hilfe bei der Schaffung gesünderer Lebensbedingungen für die hier lebenden Menschen. Um nur einige Schlüsselprojekte zu nennen: Wir haben verschiedene forensische Apparate für das Estnische Forensische Institut gekauft, Kinderheime gebaut und medizinische Bewegungsapparate beschafft. Mehrere grosse Projekte sind noch im Gange, und wir hoffen, dass wir die Ergebnisse schon in ein paar Jahren präsentieren können.

Ivar Sikk, Stv. Generalsekretär für staatliche Steuerpolitik



Lettland



Der Beitrag der Schweiz wird in Lettland sehr geschätzt, da er die Umsetzung von Projekten ermöglicht hat, die viel dazu beigetragen haben, dass Verbesserungen in für Lettland wesentlichen Bereichen erreicht werden konnten. Dazu gehören Umweltschutz, Schultransporte, Modernisierung des Justizwesens, Jugendinitiativen in ländlichen Gebieten, Aktivitäten im NGO-Bereich, Stipendien und Forschung sowie Mikrokredite zur Stimulierung der Privatwirtschaft. Unsere Gesellschaft profitiert schon jetzt von den weitreichenden Ergebnissen dieser Investitionen, die in fruchtbarer Zusammenarbeit mit der Schweiz und im gegenseitigen Verständnis zwischen den beiden Ländern erzielt wurden. Wir freuen uns auf die erfolgreiche Weiterführung der bestehenden bilateralen Zusammenarbeit.

Aleksandrs Antonovs, Stv. Staatssekretär für EU-Strukturfonds und Kohäsionsfonds des Finanzministeriums



Litauen



Wir freuen uns, dass Litauen die Phase der Umsetzung des litauisch-schweizerischen Zusammenarbeitsprogramms, die für die Unterzeichnung von Projektabkommen vorgesehen war, abschliessen konnte. Der Enthusiasmus beider Seiten zeigt, dass die Zusammenarbeit fruchtbar sein wird. Zur Charakterisierung dieser Zusammenarbeit würde ich drei Begriffe verwenden: Inspiration, Partnerschaft und Erfolg. Litauen erhält dadurch nicht nur einen materiellen Anreiz. Unser Land bekommt sehr viel mehr: Es lernt, wie man langfristigen Mehrwert schafft. Stabile wirtschaftliche und politische Beziehungen zwischen Litauen und der Schweiz sind ein wichtiger Schritt zur Verringerung der Ungleichheiten im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen und der sozialen Entwicklung zwischen den neuen und den alten europäischen Staaten.

Rolandas Kriščiūnas, Vizeminister



Malta



Für Malta bedeutet der Schweizer Beitrag konkret eine verbesserte Gesundheitspflege für Krebspatienten und die Zusammenarbeit mit einem schweizerischen Kompetenzzentrum wie dem «Istituto Oncologico della Svizzera Italiana» in Bellinzona. Der Schweizer Beitrag dient auch der Stärkung der strategischen Partnerschaft zwischen der Schweiz und Malta und der Erhöhung ihrer Visibilität in der Mittelmeerregion dank der fortgesetzten Schweizer Unterstützung für die «Mediterranean Academy of Diplomatic Studies» (MEDAC).

Diese Zusammenarbeit erbringt positive Resultate, und es ist eine sehr gute Arbeitsbeziehung entstanden. Die Umsetzungsmethode ist schlank und flexibel – das ist für eine kleine Verwaltung wie diejenige Maltas sehr wichtig.

Stephen Calleja, Direktor (Programme und Projekte), Abteilung für finanzielle Mittel und Programme, Büro des Premierministers



Polen



Dank der erfolgreichen Kooperation zwischen Polen und der Schweiz machen wir ständig Fortschritte bei der Umsetzung des schweizerisch-polnischen Zusammenarbeitsprogramms. Das Programm wird immer wichtiger als Forum für den Dialog und die konkrete Zusammenarbeit. Die Projekte unter Beteiligung lokaler Behörden, öffentlicher Institutionen, Universitäten und NGO decken eine breite Palette von Bereichen ab, unter anderem regionale Entwicklung, Umwelt und Infrastruktur, wissenschaftliche Forschung, Gesundheitsleistungen und soziale Dienstleistungen. Die Projekte reichen vom grössten Infrastrukturprojekt über 20 Millionen Franken, der Unterstützung des öffentlichen Verkehrs, bis zu Kleinprojekten zur Entwicklung der Zivilgesellschaft, die mit 10 000 Franken unterstützt werden. Zu unterstreichen ist aber nicht nur die Vielfalt der Projekte, sondern auch der Enthusiasmus, die Kompetenz und das Engagement der Begünstigten. Ich bin zuversichtlich, dass das Programm auch über die Projekte hinaus positive Auswirkungen haben wird. Polen hat sich rasch entwickelt, aber der sozio-ökonomische Zusammenhalt muss weiter verbessert werden. Ich möchte der Schweizer Regierung und der Schweizer Bevölkerung danken, dass sie diesen Prozess durch das schweizerisch-polnische Zusammenarbeitsprogramm unterstützen.

Paweł Orłowski, Unterstaatssekretär, Ministerium für Regionalentwicklung





Slowakei

Das schweizerisch-slowakische Zusammenarbeitsprogramm bildet eine sehr sinnvolle Ergänzung zu den Unterstützungsprogrammen, die zum Beispiel vom EU-Strukturfonds finanziert werden. Es fördert Bereiche, die aus nationaler, regionaler oder lokaler Sicht für die Entwicklung der Slowakei wichtig sind und dazu beitragen, die wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten innerhalb der Slowakei und zwischen der Slowakei und weiter entwickelten Mitgliedern der Europäischen Union zu verringern (z.B. Unterstützung von Sozialdiensten für Kinder und Jugendliche). Das Programm ist durch Flexibilität und Ergebnisorientierung geprägt, berücksichtigt aber gleichzeitig die Möglichkeiten und Fähigkeiten der Unterstützungsberechtigten. Die Zusammenarbeit mit den Schweizer Partnern ist konstruktiv und in den meisten Fällen auch sehr dynamisch. Eine Schwäche des Programms ist das langwierige zweigeteilte (Slowakische Republik, Schweizer Eidgenossenschaft) und zweistufige (vorläufiger Projektbescrieb, definitiver Projektbescrieb) Genehmigungsverfahren für die Projekte und die fehlende Flexibilität beim Einsatz nicht verwendeter Beträge nach Ablauf der Verpflichtungsperiode.

Jan Krak, Generaldirektor, Sektion für internationale Zusammenarbeit



Tschechische Republik

Im Rahmen des Erweiterungsbeitrags gewährt die Schweiz der Tschechischen Republik einen nichtrückzahlbaren Beitrag in der Höhe von über 100 Millionen Franken. Das Programm unterstützt zahlreiche Projekte in verschiedenen Bereichen, darunter grosse Infrastruktur- und Verkehrsvorhaben und Projekte in den Bereichen Sozialhilfe und Gesundheit sowie Forschung. Schwerpunkte wie Justizwesen, NGO und die Bekämpfung von Korruption und organisiertem Verbrechen seien ebenfalls erwähnt. Wir schätzen die Komplementarität zu anderen Finanzquellen und den partnerschaftlichen Ansatz, der Möglichkeiten für eine zukünftige bilaterale Zusammenarbeit eröffnet und in vielen Fällen weiterentwickelt.

Eva Anderová, Leiterin der Abteilung für internationale Beziehungen



Ungarn

Für Ungarn ist der Zugang zu den Mitteln aus der schweizerisch-ungarischen Zusammenarbeit von grösster Bedeutung. Dieses Programm ermöglicht es uns, mit dem Geber konzeptionell zusammenzuarbeiten, die realen Bedürfnisse der Antragsteller zu unterstützen und kreative und nützliche Projekte zu realisieren.

Im Rahmen der verschiedenen Beihilfen und EU-Mittel, die Ungarn zur Verfügung stehen, spielen die Mittel des schweizerisch-ungarischen Zusammenarbeitsprogramms eine wichtige Rolle. Sie eröffnen Entwicklungsmöglichkeiten für Bereiche und Projekte, die nicht aus anderen Mitteln unterstützt werden können. Die Schwerpunkte sind sehr vielfältig und reichen von regionalen Initiativen zur Schaffung von Arbeitsplätzen über Überschwemmungsprävention, Infrastrukturentwicklung, Waldkindergärten und -schulen, die Kinder für ökologische Fragen sensibilisieren, bis zum medizinischen Tourismus und Risikokapital. Diese Schwerpunkte entstanden auf Wunsch der Antragsteller. Das Programm stellt 130 Millionen Franken zur Verfügung und unterstützt fast 40 Projekte.

Balázs Simó, Leiter der Abteilung für internationale Zusammenarbeitsprogramme



Slowenien

Die Umsetzung der Projekte im Rahmen des slowenisch-schweizerischen Zusammenarbeitsprogramms zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten EU steht im Moment in ihrer intensivsten Phase. Die slowenische Öffentlichkeit erwartet demnächst die ersten konkreten Ergebnisse aus diesen Projekten. Ein besonderes Augenmerk sollte auf Projekte zur Verbesserung der Energieeffizienz, die Einführung von erneuerbaren Energien, die Modernisierung von medizinischen Apparaturen für die Krebsbehandlung, die Förderung der Zivilgesellschaft – ein wichtiger Entwicklungsfaktor – und, last but not least, auf die Förderung und Stärkung von Partnerschaften zwischen Gemeinden und Regionen in Slowenien und der Schweiz gelegt werden. Zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten zwischen EU-Mitgliedstaaten ist es für Slowenien wichtig, dass nicht nur die ausgewählten Projekte in strukturschwachen slowenischen Regionen umgesetzt werden, sondern dass bei den Projekten auch slowenische Unternehmen berücksichtigt werden. Die Zusammenarbeit mit der Schweiz im Rahmen des sogenannten Erweiterungsbeitrags ist sehr fruchtbar, insbesondere mit der Schweizer Botschaft in Ljubljana. Deshalb hoffen wir, dass eine solche Zusammenarbeit auch in Zukunft möglich ist.

Monika Kirbiš Rojs, MSc, Staatssekretärin



Zypern

Zypern profitiert vom Schweizer Erweiterungsbeitrag: Mit 5,7 Millionen Franken werden die Umweltbedingungen verbessert und die technische Berufsbildung wird unterstützt. Angesichts der positiven und fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern werden alle drei Projekte einen direkten und konkreten Beitrag an die nachhaltige Entwicklung der Umwelt und/oder der Sozialbedingungen Zyperns leisten.

George Georghioum, Ständiger Sekretär des Planungsbüros

Ausblick

Nachdem in den EU-10 nun alle Projekte genehmigt sind, muss sichergestellt werden, dass die Projekte bis am 14. Juni 2017 erfolgreich abgeschlossen werden. Die Umsetzung der über 200 Projekte wird von DEZA und SECO eng begleitet. Die Umsetzung findet generell in einem schwierigen Umfeld statt, und externe Faktoren, wie zum Beispiel eine Verschlechterung der Wirtschaftslage oder personelle Änderungen auf der Partnerseite, könnten sich in einzelnen Fällen negativ auf die Projektabwicklung auswirken. Es gibt aber Grund zur Zuversicht, dass die ausgewählten Projekte die hohen qualitativen Anforderungen und Erwartungen erfüllen werden. Regelmässige Projektberichte und Projektbesuche erlauben eine laufende Risikobeurteilung. Im Vordergrund stehen dabei auch Massnahmen, welche das Risiko von Missbrauch und Korruption vermindern.

Die angestrebten Resultate der Projekte, wie sie in dieser Broschüre zusammengefasst sind, werden in den neuen Mitgliedstaaten einen substantziellen Beitrag zur Verbesserung und Weiterentwicklung verschiedener Sektoren leisten. Dieser Beitrag der Schweiz wird in den nächsten Jahren konkret sichtbar werden.



Anhang 1: Die einzelnen Partnerstaaten im Überblick



ERWEITERUNGSBEITRAG FÜR ESTLAND 40 MILLIONEN FRANKEN



Bevölkerung: 1,3 Millionen
Schweizer Importe aus Estland: 45,7 Millionen Franken
Schweizer Exporte nach Estland: 101,9 Millionen Franken
Wachstumsrate des realen BIP: 7,6 Prozent
Kaufkraft im Verhältnis zum EU-Ø (2010): 64,0 Prozent
(Quelle: Eurostat, Schweizer Aussenhandelsstatistik, 2011)

PROJEKTZIELE

In Estland wurden 18 Projekte im Umfang von 37,9 Millionen Franken genehmigt. Alle Projekte können einem der folgenden Ziele zugeordnet werden:

■ **Wirtschaftswachstum fördern und Arbeitsbedingungen verbessern**

Ausbildung im Bereich Rechnungslegungs- und Buchprüfungsvorschriften
Die Anwendung internationaler Normen im Bereich Rechnungslegung und Buchprüfung verbessert das Investitionsklima und hilft, Finanzkrisen vorzubeugen. Die Schweiz unterstützt deshalb Estland in seinen Bemühungen, EU-Recht im Bereich Unternehmensfinanzberichterstattung und -revision umzusetzen.

Stipendien- und Forschungsprogramm

Das Stipendienprogramm ermöglicht Doktoranden und Post-Doktoranden aus Estland einen befristeten Forschungsaufenthalt in der Schweiz. Dadurch wird die Zusammenarbeit von schweizerischen und estnischen Forschungsinstitutionen ausgebaut und der Forschungsplatz Estland gefördert. Des Weiteren unterstützt ein Projekt die estnische Forschungslandschaft im Bereich der Nanotechnologie durch die Beschaffung von und die Schulung an einem spezifischen Mikroskop.

■ **Soziale Sicherheit erhöhen**

Verbesserung der Situation von Heimkindern

Das Projekt unterstützt den Bau von 10 neuen Kinderheimen in drei estnischen Gemeinden. Diese neuen Kinderheime, die insgesamt 80 Kindern ohne elterliche Betreuung einen Platz zum Aufwachsen bieten, dienen auch als Modellhäuser für den Bau zukünftiger Kinderheime in Estland. Dank einer maximalen Belegung von zehn Kindern pro Heim ist es möglich, familienähnliche Strukturen für die heranwachsenden Kinder zu schaffen.

Therapie für drogensüchtige Strafgefangene

Das Projekt zielt darauf ab, drogenabhängigen Straftätern im Strafvollzug oder während ihrer Bewährungszeit Therapiemassnahmen anzubieten. So wird diesen Menschen ein Drogenentzug sowie die Reintegration in die Gesellschaft ermöglicht und damit die Drogenkriminalität im Land eingedämmt.

Effizienzsteigerung bei den Notrufdiensten sowie im Ambulanzwesen

Mit der Finanzierung zweier aufeinander abgestimmter Projekte trägt die Schweiz zur Modernisierung der Einsatzzentralen und Rettungsdienste in Estland bei. Projektziel ist es, die Zeitspanne zwischen der Entgegennahme eines Notrufs

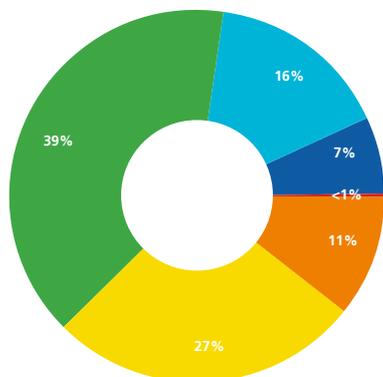


und dem Erscheinen von Rettungsdiensten vor Ort erheblich zu verkürzen und somit die Qualität der estnischen Rettungs- und Betreuungsdienste spürbar zu verbessern.

Bewegungstherapie für verunfallte Kinder

Durch dieses Projekt wird in einer Kinderklinik ein Gerät finanziert, welches Kinder, die nach einem Unfall an starker Gehbehinderung leiden, bei der Rehabilitation unterstützt.

Grafik: Aufteilung des Erweiterungsbeitrags nach Projektzielen



■ Wirtschaftswachstum fördern und Arbeitsbedingungen verbessern

3 Projekte
CHF 4'023'337

■ Soziale Sicherheit erhöhen

5 Projekte
CHF 10'228'335

■ Umwelt schützen

2 Projekte
CHF 15'000'000

■ Öffentliche Sicherheit erhöhen

5 Projekte
CHF 5'992'057

■ Zivilgesellschaft stärken

1 Projekt
CHF 2'500'000

■ Projektvorbereitung + technische Hilfe

2 Projekte
CHF 176'271

Total CHF 37'920'000

Dazu kommen die Umsetzungskosten auf Schweizer Seite.

■ Umwelt schützen

Modernisierung der Umweltüberwachungssysteme

Die Schweiz stattet estnische Laboratorien und Umweltüberwachungsstationen mit modernen Geräten aus und finanziert die Schulung des Personals. Dadurch soll Estland künftig über flächendeckende und zuverlässige Umweltdaten in den Bereichen Wasser, Luft, radioaktive Strahlung und Naturgefahren verfügen.

Förderung energieeffizienter Baumethoden sowie entsprechender Baustandards

Die Energieeffizienz estnischer Gebäude ist etwa 20-30% schlechter als jene in anderen EU-Staaten. Daher wird mit dem Erweiterungsbeitrag die Entwicklung, Anwendung und Verbreitung von Energieeffizienzstandards unterstützt. Im Rahmen von Pilotprojekten werden drei Kindergärten und ein Altersheim energieeffizient (um)gebaut.

■ Öffentliche Sicherheit erhöhen

Justizreformen: Internationale Richterkonferenz, Verbesserung von Gerichtsverhandlungen

Eine im September 2010 abgehaltene Richterkonferenz sowie die Ausstattung von 15 Gerichtssälen, 5 Polizeigefängnissen und 2 Sälen der Staatsanwaltschaft ermöglichen der estnischen Justiz, Gerichtsverfahren effizienter und kostengünstiger als bisher zu gestalten.

Verbesserung des Brandschutzes in Spitälern und Pflegeheimen

Durch dieses Projekt wird die Feuersicherheit von über 200 Pflegeheimen und Spitälern in Estland verbessert. Um dies zu erreichen, werden Sicherheitsbestimmungen und Anleitungen erarbeitet und wird das medizinische Fachpersonal dieser Einrichtungen geschult.

Modernisierung des Nationalen Forensischen Instituts

Zur verbesserten Verbrechensbekämpfung in Estland werden die Anschaffung moderner Ausrüstungen und die Durchführung von Schulungen zugunsten des Estnischen Institutes für Forensik und weiterer mit der Strafverfolgung betrauter Behörden finanziert.

Grenzsicherheit: Nummernschilderkennung an der Aussengrenze Estlands

Das Projekt zielt darauf ab, zur effizienten Bekämpfung von Steuerbetrug und Schmuggel an den estnischen Seehäfen Kontrollpunkte zur automatischen Nummernschilderkennung aufzubauen und diese Kontrollpunkte in das nationale System zu integrieren.

■ Zivilgesellschaft stärken

Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen auf Lokalebene

Der Fonds für NGOs in Estland stärkt die Zivilgesellschaft und fördert deren aktive Teilnahme am gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Leben. Konkret werden Kleinprojekte finanziert, welche NGOs im Sozial- und Gesundheitsbereich in Zusammenarbeit mit Gemeinden ausführen.

Weitere Informationen finden Sie unter:

<http://www.swiss-contribution.admin.ch/estonia/>



ERWEITERUNGSBEITRAG FÜR LETTLAND 60 MILLIONEN FRANKEN



Bevölkerung: 2,2 Millionen
Schweizer Importe aus Lettland: 42,2 Millionen Franken
Schweizer Exporte nach Lettland: 200,6 Millionen Franken
Wachstumsrate des realen BIP: 5,5 Prozent
Kaufkraft im Verhältnis zum EU-Ø (2010): 51,0 Prozent
(Quelle: Eurostat, Schweizer Aussenhandelsstatistik, 2011)

PROJEKTZIELE

In Lettland wurden 12 Projekte im Umfang von 56,9 Millionen Franken genehmigt. Alle Projekte können einem der folgenden Ziele zugeordnet werden:

■ **Wirtschaftswachstum fördern und Arbeitsbedingungen verbessern**

Ausbildung im Bereich Rechnungslegungs- und Buchprüfungsvorschriften
Die Anwendung internationaler Normen im Bereich Rechnungslegung und Buchprüfung verbessert das Investitionsklima und hilft, Finanzkrisen vorzubeugen. Die Schweiz unterstützt deshalb Lettland in seinen Bemühungen, EU-Recht im Bereich Unternehmensfinanzberichterstattung und -revision umzusetzen.

Mikrokreditprogramm
Infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise stieg die Arbeitslosenquote Lettlands massiv an. Das Mikrokreditprogramm erleichtert Kleinstunternehmen und selbstständig Erwerbenden den Zugang zu Startfinanzierung und soll dadurch bis zu 900 neue Arbeitsplätze schaffen.

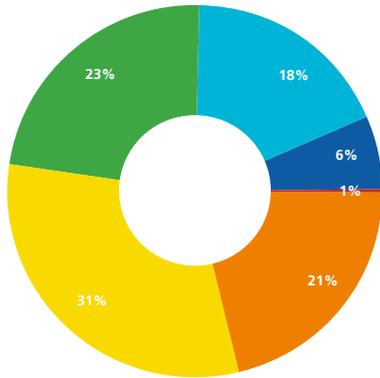
Stipendien- und Forschungsprogramm
Ein Stipendienprogramm ermöglicht Doktoranden und Post-Doktoranden aus Lettland einen befristeten Forschungsaufenthalt in der Schweiz. Dadurch wird die Zusammenarbeit von schweizerischen und lettischen Forschungsinstitutionen ausgebaut und der Forschungsplatz Lettland gefördert.
Ein weiteres Projekt verbessert die lettische Hochschulausbildung und stärkt deren internationale Wettbewerbsfähigkeit, indem es Schweizer Professoren, Forschenden und Angestellten von Bildungseinrichtungen Kurzaufenthalte in Lettland für Vorlesungen, Forschungskolloquien oder einen Erfahrungsaustausch bei der Entwicklung von neuen Bildungsgängen ermöglicht.

■ **Soziale Sicherheit erhöhen**

Regionalentwicklung: Schulbusse für ländliche Regionen und Aufbau von Jugendzentren
Mit diesem Projekt wurde das Transportsystem für Schulkinder in ländlichen und benachteiligten Regionen Lettlands verbessert. Dank den 110 Schulbussen, die an 60 Gemeinden verteilt wurden, haben heute 9000 Schulkinder einen sicheren Schulweg und können dadurch von einem erleichterten Zugang zur Bildung profitieren.
Durch ein weiteres Projekt werden elf neue Jugendzentren gebaut und sechs bestehende Zentren renoviert sowie regionale Aktivitäten für junge Menschen unterstützt, die in abgelegenen und benachteiligten Regionen Lettlands leben. Dank diesem Projekt sollen Jugendliche die Möglichkeit haben, sich sozial zu engagieren.



Grafik: Aufteilung des Erweiterungsbeitrags nach Projektzielen



- **Wirtschaftswachstum fördern und Arbeitsbedingungen verbessern**
4 Projekte
CHF 11'956'905
 - **Soziale Sicherheit erhöhen**
2 Projekte
CHF 17'769'767
 - **Umwelt schützen**
1 Projekt
CHF 13'000'000
 - **Öffentliche Sicherheit erhöhen**
2 Projekte
CHF 10'379'730
 - **Zivilgesellschaft stärken**
1 Projekt
CHF 3'500'000
 - **Projektvorbereitung + technische Hilfe**
2 Projekte
CHF 273'598
- Total CHF 56'880'000**
Dazu kommen die Umsetzungskosten auf Schweizer Seite.

■ Umwelt schützen

Sanierung des verunreinigten Gebiets im Industriehafen Rigas

Das Sarkandaugava-Gebiet wurde seit 1872 für den Transport und die Lagerung von Erdölprodukten benutzt. Mit dem Schweizer Beitrag werden der verunreinigte Boden und das Wasser gesäubert und die Altlasten entsorgt. Dadurch wird auch die Verschmutzung des in die Ostsee mündenden Flusses Daugava gestoppt.

■ Öffentliche Sicherheit erhöhen

Verbesserung des Brandschutzes in öffentlichen Schulen

Mit diesem Projekt werden die Brandschutzmassnahmen in 138 Schulen in abgelegenen und benachteiligten Regionen Lettlands verbessert, um die Kinder vor Brandunfällen zu schützen. Zusätzlich werden die Brandschutzkenntnisse vertieft und die Erfahrungen der Schweiz auf diesem Gebiet genutzt.

Justizreform: Videokonferenzen in Gerichten und Optimierung gerichtlicher Arbeitsabläufe

Das Projekt zielt auf ein qualitativ besseres und effizienteres Gerichtswesen ab. Konkret werden neue Kommunikationstechnologien (Audio, Videokonferenzen, Internet) und neu gestaltete Gerichtsabläufe zu diesem Ziel beitragen.

■ Zivilgesellschaft stärken

Zivilgesellschaftliche Initiativen zu Gunsten von Jugendlichen und älteren Menschen

Mit dem NGO-Fonds soll die Lebensqualität von Kindern, Jugendlichen und älteren Menschen erhöht werden. Der Fonds unterstützt NGOs, die mit diesen Bevölkerungsgruppen zusammenarbeiten. Dank Partnerschaften mit öffentlichen Einrichtungen und Schweizer NGOs sollen diese Ziele erreicht werden.

Weitere Informationen finden Sie unter:

<http://www.swiss-contribution.admin.ch/latvia/>





ERWEITERUNGSBEITRAG FÜR LITAUEN 71 MILLIONEN FRANKEN



Bevölkerung: 3,2 Millionen
Schweizer Importe aus Litauen: 47,3 Millionen Franken
Schweizer Exporte nach Litauen: 133 Millionen Franken
Wachstumsrate des realen BIP: 5,9 Prozent
Kaufkraft im Verhältnis zum EU-Ø (2010): 57 Prozent
(Quelle: Eurostat, Schweizer Aussenhandelsstatistik, 2011)

PROJEKTZIELE

In Litauen wurden 8 Projekte im Umfang von 67,3 Millionen Franken genehmigt. Alle Projekte können einem der folgenden Ziele zugeordnet werden:

■ **Wirtschaftswachstum fördern und Arbeitsbedingungen verbessern**

Stipendien- und Forschungsprogramm

Das Stipendienprogramm ermöglicht Doktoranden und Post-Doktoranden aus Litauen einen befristeten Forschungsaufenthalt in der Schweiz und stärkt somit die institutionellen Beziehungen der beiden Länder auf dem Gebiet der Forschung. Mit einem umfassenden Forschungsprogramm stärkt die Schweiz den litauischen Forschungsplatz und damit auch die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit des Landes. Schweizerisch-litauische Forschungsprojekte von höchster Qualität und gemeinsame wissenschaftliche Veranstaltungen zu Natur-, Umwelt-, Gesundheits- und Biowissenschaften tragen zu diesem Ziel bei und lassen ebenfalls zahlreiche neue wissenschaftliche Partnerschaften zwischen den beiden Ländern entstehen.

■ **Soziale Sicherheit erhöhen**

Modernisierung der medizinischen Ausrüstung in Geburtenabteilungen und Ausbildung des Gesundheitspersonals

Das Projekt verbessert landesweit die Gesundheitsdienstleistungen "Mutter und Kind". In 22 litauischen Spitälern fördert die Schweiz die Weiterbildung des Gesundheitspersonals und die Modernisierung veralteter Spitalinfrastrukturen. Dadurch werden die Rahmenbedingungen für gebärende Frauen und Neugeborene stark verbessert.

■ **Umwelt schützen**

Wärmeisolation und energieeffiziente Anlagentechnik in öffentlichen Spitälern

In mindestens 16 der oben genannten 22 Spitälern wird die Energieeffizienz erhöht. Dank einer besseren Isolierung finden gebärende Frauen und neugeborene Kinder bessere Rahmenbedingungen vor, die Unterhaltskosten der Spitälern werden gesenkt und der Umweltschutz wird gefördert.

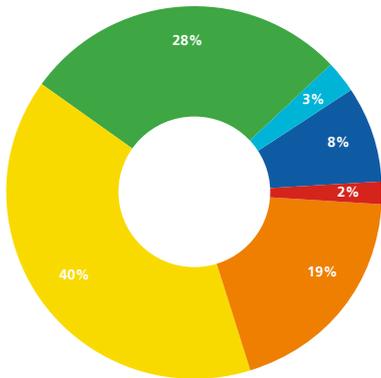
■ **Öffentliche Sicherheit erhöhen**

Justizreform: Videokonferenzen in Gerichten und Optimierung gerichtlicher Arbeitsabläufe

Durch neue Kommunikationstechnologien wie Videokonferenzen werden Gerichtsabläufe optimiert, was zu einem effizienteren Gerichtswesen in Litauen beitragen wird.



Grafik: Aufteilung des Erweiterungsbeitrags nach Projektzielen



- **Wirtschaftswachstum fördern und Arbeitsbedingungen verbessern**
2 Projekte
CHF 13'052'000
 - **Soziale Sicherheit erhöhen**
1 Projekt
CHF 26'600'000
 - **Umwelt schützen**
1 Projekt
CHF 19'000'000
 - **Öffentliche Sicherheit erhöhen**
1 Projekt
CHF 1'771'032
 - **Zivilgesellschaft stärken**
1 Projekt
CHF 5'552'775
 - **Projektvorbereitung + technische Hilfe**
2 Projekte
CHF 1'342'193
- Total CHF 67'318'000**
Dazu kommen die Umsetzungskosten auf Schweizer Seite.



■ Zivilgesellschaft stärken

Initiativen zur Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft und Gemeinden

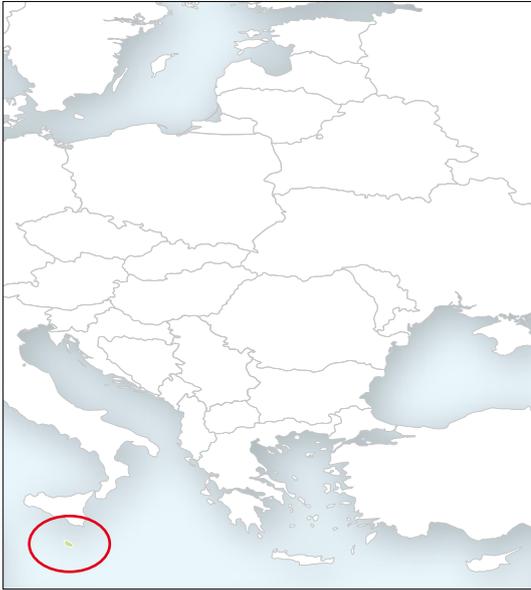
Der Fonds für NGOs in Litauen stärkt die Zivilgesellschaft und fördert deren aktive Teilnahme am gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Leben. In Zusammenarbeit mit lokalen Gemeinden und zum Teil Schweizer NGOs als Partner werden konkrete Kleinprojekte finanziert, welche NGOs im Sozial- und Gesundheitsbereich ausführen.

Weitere Informationen finden Sie unter:
<http://www.swiss-contribution.admin.ch/lithuania/>

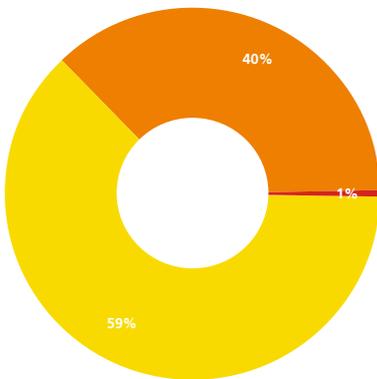




ERWEITERUNGSBEITRAG FÜR MALTA 5 MILLIONEN FRANKEN



Grafik: Aufteilung des Erweiterungsbeitrags nach Projektzielen



■ **Wirtschaftswachstum fördern und Arbeitsbedingungen verbessern**

1 Projekt
CHF 1'900'000

■ **Soziale Sicherheit erhöhen**

1 Projekt
CHF 2'794'000

■ **Projektvorbereitung + technische Hilfe**

1 Projekt
CHF 50'000

Total CHF 4'744'000

Dazu kommen die Umsetzungskosten auf Schweizer Seite.

Bevölkerung: 0,4 Millionen

Schweizer Importe aus Malta: 14 Millionen Franken

Schweizer Exporte nach Malta: 60,1 Millionen Franken

Wachstumsrate des realen BIP: 2,1 Prozent

Kaufkraft im Verhältnis zum EU-Ø (2010): 83,0 Prozent

(Quelle: Eurostat, Schweizer Aussenhandelsstatistik, 2011)

PROJEKTZIELE

In Malta wurden 3 Projekte im Umfang von 4,8 Millionen Franken genehmigt. Alle Projekte können einem der folgenden Ziele zugeordnet werden:

■ **Wirtschaftswachstum fördern und Arbeitsbedingungen verbessern**

Diplomatenausbildung im Mittelmeerraum

Die Schweiz finanziert jungen Diplomaten aus Nordafrika und dem Mittleren Osten Stipendien für die Teilnahme am Master-Kurs in der Mediterranean Academy of Diplomatic Studies (MEDAC). Die Schweiz und Malta führen somit ihre langjährige Partnerschaft für Frieden und Stabilität im Mittelmeerraum weiter. Ein Schweizer Professor lehrt an der MEDAC und es besteht eine enge Zusammenarbeit mit Schweizer Fachinstituten und der Schweizer Diplomatie.

■ **Soziale Sicherheit erhöhen**

Prävention und Diagnostik von Krebs

Um Krebs effizient und erfolgreich behandeln zu können, ist eine zeitgemässe Infrastruktur zur Krebsdiagnose nötig. Durch das Projekt wird ein Positron-Emissions-Tomograph (PET-Scanner) im öffentlichen „Mater Dei“-Spital in Malta installiert. Somit wird der Zugang zur modernen Krebsdiagnose für die gesamte Bevölkerung Maltas gewährleistet. Zudem wird ein eigenständiges Onkologiezentrum im Spital gefördert. Dabei arbeitet das Spital mit dem Onkologischen Institut der italienischen Schweiz (IOSI) in Bellinzona zusammen. Somit verringert das Projekt Ungleichheiten im maltesischen Gesundheitswesen.

Weitere Informationen finden Sie unter:

<http://www.swiss-contribution.admin.ch/malta>





ERWEITERUNGSBEITRAG FÜR POLEN 489 MILLIONEN FRANKEN



Bevölkerung: 38,2 Millionen
Schweizer Importe aus Polen: 1'372,5 Millionen Franken
Schweizer Exporte nach Polen: 1'974,2 Millionen Franken
Wachstumsrate des realen BIP: 4,3 Prozent
Kaufkraft im Verhältnis zum EU-Ø (2010): 63,0 Prozent
(Quelle: Eurostat, Schweizer Aussenhandelsstatistik, 2011)

PROJEKTZIELE

In Polen wurden 58 Projekte im Umfang von 464,6 Millionen Franken genehmigt. Rund 40 Prozent dieser Mittel kommen den strukturschwachen Regionen Südostpolens zugute. Alle Projekte können einem der folgenden Ziele zugeordnet werden:

■ **Wirtschaftswachstum fördern und Arbeitsbedingungen verbessern**

Förderung der sozialen Verantwortung der KMU und nachhaltige Entwicklung

Das Projekt zielt darauf ab, die Kenntnisse im Bereich der nachhaltigen und sozialen Unternehmensführung (Corporate Social Responsibility) zu vertiefen. Im Rahmen von Pilotprojekten werden rund 100 KMU bei der Umsetzung konkreter Massnahmen unterstützt. In Publikationen und an öffentlichen Anlässen werden diese Pilotprojekte bekannt gemacht.

Förderung lokaler Unternehmen und Produkte in strukturschwachen Regionen und Ausbildungsmöglichkeiten insbesondere für junge Leute

Mit diesen Projekten fördert die Schweiz den Tourismus und die Vermarktung regionaler Produkte in strukturschwachen Regionen Polens. Durch diese zehn Projekte werden rund 5'000 Leute ausgebildet, ungefähr 250 Unternehmen gegründet und um die 750 Arbeitsplätze geschaffen sowie weitere 900 lokale Kleinunternehmer und landwirtschaftliche Betriebe unterstützt. Die meisten dieser Tätigkeiten werden durch Promotionskampagnen, Weiterbildungen und Beratungsdienstleistungen begleitet. Zusätzlich werden lokal verankerte Strukturen zur Förderung der Regionalentwicklung aufgebaut oder unterstützt, so zum Beispiel Touristen-Informationssysteme oder die Renovierung von lokalen Tourismusunterkünften.

Ausbildung im Bereich Rechnungslegungs- und Buchprüfungsvorschriften

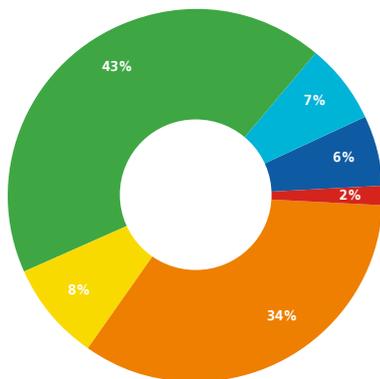
Die Anwendung internationaler Normen im Bereich Rechnungslegung und Buchprüfung verbessert das Investitionsklima und hilft, Finanzkrisen vorzubeugen. Die Schweiz unterstützt deshalb Polen in seinen Bemühungen, EU-Recht im Bereich Unternehmensfinanzberichterstattung und -revision umzusetzen.

Bereitstellung von Risikokapital für KMU

Dieses Projekt erleichtert KMU den Zugang zu langfristiger Finanzierung und schafft insbesondere in strukturschwachen Regionen zahlreiche Arbeitsplätze. Mit Risikokapital – d.h. der Beteiligung an den Eigenmitteln der Unternehmen – kann das Wachstum der KMU finanziert werden. Die ergänzende technische Begleitung ermöglicht es, die Managementmethoden zu modernisieren.



Grafik: Aufteilung des Erweiterungsbeitrags nach Projektzielen



Wirtschaftswachstum fördern und Arbeitsbedingungen verbessern

15 Projekte
CHF 157'765'719

Soziale Sicherheit erhöhen

9 Projekte
CHF 39'479'938

Umwelt schützen

23 Projekte
CHF 198'726'913

Öffentliche Sicherheit erhöhen

7 Projekte
CHF 32'000'000

Zivilgesellschaft stärken

2 Projekte
CHF 28'101'153

Projektvorbereitung + technische Hilfe

2 Projekte
CHF 8'496'277

Total CHF 464'570'000

Dazu kommen die Umsetzungskosten auf Schweizer Seite.

Stipendien- und Forschungsprogramm

Durch den Forschungsfonds werden rund 40 Projekte von polnischen und schweizerischen Forschungsinstitutionen in den Bereichen „Informations- und Kommunikationstechnologie“, „erneuerbare Energien“, „Nanotechnologie“, „Gesundheit“ sowie „Umwelt“ gemeinsam durchgeführt.

Durch das Stipendienprogramm können über 300 polnische Akademikerinnen und Akademiker einen Forschungsaufenthalt an einer Schweizer Hochschule absolvieren. Dies fördert und intensiviert die Beziehungen von schweizerischen und polnischen Hochschulen und stärkt Polen auch als Forschungsstandort.

Soziale Sicherheit erhöhen

Verbesserung der medizinischen Prävention und Grundversorgung

Genehmigt wurden drei Projekte zur Prävention von Übergewicht, Hepatitis C und Missbrauch von Tabak, Alkohol sowie psychoaktiven Substanzen. Im Rahmen dieser Projekte sollen durch breit angelegte Aufklärungsmassnahmen insbesondere schwangere Frauen, drogenabhängige Personen und Schulkinder für die damit verbundenen Gefahren sensibilisiert werden. Zusätzlich zielt ein landesweites Projekt auf eine gesunde Ernährung und die bessere Mundhygiene von Kleinkindern ab.

Mit Infrastruktur- und Ausbildungsmassnahmen in rund 50 Pflegeinstitutionen und Heimen in den vier strukturschwächsten Regionen Polens soll der Lebensstandard der betroffenen Bewohner verbessert werden. Das Programm ist auf ältere und behinderte Menschen sowie Kinder und Jugendliche aus schwierigen familiären Verhältnissen ausgerichtet und trägt zur sozialen Eingliederung von Heimbewohnern bei. Rund 1'500 Personen des Pflegepersonals erhalten im Rahmen dieser Projekte zusätzliche Weiterbildungen.

Umwelt schützen

Verbesserung der Energieeffizienz und Förderung erneuerbarer Energien

Die Nutzung erneuerbarer Energien wird in mehr als 16'000 Haushalten und rund 250 öffentlichen Gebäuden gefördert. In etwa 700 Haushalten und rund 20 öffentlichen Gebäuden wird die Energieeffizienz erhöht. Ausserdem wird ein mit Biomasse betriebenes Heizkraftwerk gebaut.

Abfallentsorgung

31'000 Einwohner profitieren vom Bau einer neuen Entsorgungsanlage. Vier Deponien sollen saniert werden. Weiter unterstützt die Schweiz Polen dabei, ein System zur Überwachung und Entsorgung von Asbest einzuführen, asbesthaltige Abfälle aus illegalen Deponien zu entfernen und die Hausdächer von rund 14'000 Haushalten und elf öffentlichen Gebäuden zu sanieren. Rund 70'000 Tonnen asbesthaltige Abfälle werden fachgerecht entsorgt.

Verbesserung der Sicherheit und Verlässlichkeit des öffentlichen Lokal- und Regionalverkehrs

Dank dem Kauf von vier modernen und emissionsarmen Dieselnügen wird das öffentliche Verkehrsangebot auf der knapp 60 Kilometer langen Strecke von Malbork nach Grudziadz im Norden von Polen verbessert. Weiter werden sechs elektrisch betriebene Zugskompositionen für eine wichtige Pendlerstrecke im südwestlichen Einzugsgebiet von Warschau beschafft. In der nordöstlich von Warschau liegenden Stadt Legionowo wird das Bahnhofsgebäude, das in den 70er-Jahren als Provisorium gebaut wurde, erneuert. Zwei neue Fahrgastinformationssysteme ergänzen die Projekte.

Förderung von Biodiversität und Naturschutz

Durch diese Projekte werden Revitalisierungs- und Schutzmassnahmen auf rund 1'500 Hektaren in besonders artenreichen Gebieten ausgearbeitet, Grundlagendaten auf einer Fläche von rund 0,5 Millionen Hektaren erhoben und Monitoring-Systeme in einem Gebiet von ebenfalls über einer halben Million Hektaren aufgebaut. Des Weiteren fördern die Projekte die ökologische und sozial nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung durch sanften Tourismus in 35 Gemeinden, einschliesslich der Aus- und Weiterbildung von Behördenvertretern, Landwirten



und Waldbesitzern. Zudem sollen breit angelegte Sensibilisierungskampagnen die Menschen zu ökologisch nachhaltigem Verhalten animieren.

■ **Öffentliche Sicherheit erhöhen**

Unterstützung im Bereich Migrations- und Krisenmanagement

Mit Polen wurde im Rahmen eines Projekts eine intensive Zusammenarbeit im Bereich der Migration vereinbart. Ein weiteres Projekt schult lokale Behörden im Umgang mit Not- und Krisensituationen.

Verbesserung der Grenzsicherheit und Modernisierung von Grenzübergängen

Bei sechs Grenzübergängen wird die Infrastruktur oder die Ausrüstung wesentlich verbessert, um die Abwicklung des Grenzverkehrs zu optimieren und die organisierte Kriminalität besser bekämpfen zu können. Ein Projekt rüstet mobile Einsatzgruppen mit 70 speziellen Fahrzeugen aus, um die Bewachung der fast 1'200 Kilometer langen Schengen-Aussengrenze zu verbessern.

Verbesserung der Sicherheit von Verkehrsteilnehmern

Nationale und lokale Behörden werden zur Erhöhung der Sicherheit im Strassenverkehr ausgebildet.

■ **Zivilgesellschaft stärken**

Förderung von zivilgesellschaftlichen Initiativen im Sozialbereich

Mit dem Fonds für NGOs wird die Zivilgesellschaft in Polen gestärkt. Insgesamt werden über 200 Kleinprojekte umgesetzt, viele davon unter Einbezug von Schweizer Institutionen.

Partnerschaften zwischen schweizerischen und polnischen Gemeinden und öffentlichen Institutionen

Mit dem Partnerschaftsfonds wird die Zusammenarbeit zwischen schweizerischen und polnischen Städten und Gemeinden gefördert und intensiviert. Insgesamt werden rund 30 Kleinprojekte durch einen Austausch von Fachwissen umgesetzt.

Weitere Informationen finden Sie unter:
<http://www.swiss-contribution.admin.ch/poland/>



ERWEITERUNGSBEITRAG FÜR DIE SLOWAKISCHE REPUBLIK 67 MILLIONEN FRANKEN



Bevölkerung: 5,4 Millionen

Schweizer Importe aus der Slowakischen Republik: 668,5 Millionen Franken

Schweizer Exporte in die Slowakische Republik: 496,4 Millionen Franken

Wachstumsrate des realen BIP: 3,3 Prozent

Kaufkraft im Verhältnis zum EU-Ø (2010): 74,0 Prozent

(Quelle: Eurostat, Schweizer Aussenhandelsstatistik, 2011)

PROJEKTZIELE

In der Slowakischen Republik wurden 23 Projekte im Umfang von 63,5 Millionen Franken genehmigt. Rund 40 Prozent dieser Mittel kommen den strukturschwachen Regionen der Ostslowakei zugute. Alle Projekte können einem der folgenden Ziele zugeordnet werden:

■ **Wirtschaftswachstum fördern und Arbeitsbedingungen verbessern**

Regionalentwicklung im Bereich Tourismus

Drei Projekte mobilisieren das beträchtliche Tourismuspotenzial durch den Aufbau von regionalen Tourismusorganisationen und Informationszentren, die Vermarktung von regionalen Produkten sowie weiteren Tourismusdienstleistungen. Zudem werden sowohl öffentliche als auch private lokale Akteure in tourismusrelevanten Bereichen ausgebildet.

Förderung der Berufsbildung

Ein Projekt verbessert die Zusammenarbeit zwischen den wichtigsten Akteuren im Berufsbildungssystem in der Slowakei, insbesondere zwischen Arbeitgebern und Berufsbildungsschulen, um die Berufsbildung besser auf die Anforderungen des Arbeitsmarktes auszurichten. Zusätzlich soll die Attraktivität der Berufsbildung durch Öffentlichkeitsarbeit und Werbung erhöht werden.

Stipendienprogramm

Das Stipendienprogramm ermöglicht Doktoranden und Post-Doktoranden aus der Slowakei einen befristeten Forschungsaufenthalt in der Schweiz. Dadurch wird die Zusammenarbeit von schweizerischen und slowakischen Forschungsinstitutionen ausgebaut und der Forschungsplatz Slowakei gefördert.

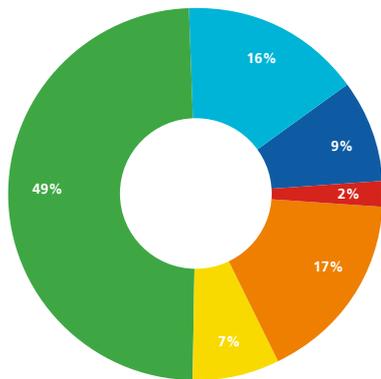
■ **Soziale Sicherheit erhöhen**

Verbesserung der Sozialdienstleistungen in der Ostslowakei für behinderte Kinder sowie Minderheiten

Vier Projekte verbessern die Lebensqualität von Personen in sozialen Einrichtungen. Ein Projekt finanziert die Modernisierung und Erweiterung eines Behindertenheims für Kinder und Erwachsene, zwei weitere Projekte verbessern die Qualität der Betreuung in Heimen für behinderte Kinder und ihre Angehörigen. Zusätzlich werden Massnahmen zur verstärkten sozialen Integration der Bewohner umgesetzt und Mitarbeiter verschiedener Heime werden weitergebildet. Ausserdem werden in einem weiteren Projekt zehn Gemeinschaftszentren für die Roma-Minderheit unterstützt.



Grafik: Aufteilung des Erweiterungsbeitrags nach Projektzielen



- **Wirtschaftswachstum fördern und Arbeitsbedingungen verbessern**
5 Projekte
CHF 10'566'000
 - **Soziale Sicherheit erhöhen**
4 Projekte
CHF 4'814'000
 - **Umwelt schützen**
8 Projekte
CHF 31'169'879
 - **Öffentliche Sicherheit erhöhen**
3 Projekte
CHF 9'903'150
 - **Zivilgesellschaft stärken**
1 Projekt
CHF 5'510'901
 - **Projektvorbereitung + technische Hilfe**
2 Projekte
CHF 1'552'070
- Total CHF 63'516'000**
Dazu kommen die Umsetzungskosten auf Schweizer Seite.

■ Umwelt schützen

Abwasserreinigung

55 Kilometer Kanalnetz werden neu gebaut oder modernisiert. Dadurch können 10'000 Einwohner in strukturschwachen Regionen an das Kanalisationsnetz angeschlossen werden. Durch den Aus- und Neubau von Kläranlagen kann in neun slowakischen Gemeinden ausserdem gut vier Mal mehr Abwasser gereinigt werden.

Förderung von Biodiversität und Naturschutz

Die Schweiz finanziert in der Slowakei zwei Biodiversitätsprojekte zum Schutz bedrohter Ökosysteme. Ein Projekt unterstützt die Überwachung und Erforschung von Wäldern, ein weiteres Projekt zielt auf die Erhaltung und den Schutz von Naturgebieten und Habitaten in den slowakischen Karpaten. Die beiden Projekte tragen zur Erhaltung einer Vielzahl slowakischer Ökosysteme bei und sorgen damit für einen langfristigen Schutz dieser bedrohten Naturgebiete.

■ Öffentliche Sicherheit erhöhen

Kampf gegen Korruption und organisierte Kriminalität

Das Projekt verbessert die Fähigkeiten der slowakischen Sicherheitsbehörden, gegen organisierte Kriminalität vorzugehen, indem das polizeiliche Informationssystem ausgebaut wird.

Bewältigung von Naturkatastrophen

Ein Projekt unterstützt die slowakischen Behörden anhand von Ausbildungsmassnahmen und der Beschaffung von Ausrüstung, um Naturkatastrophen und andere Ernstfälle besser zu bewältigen.

Ausbau der elektronischen Datenbanken der Justiz

Durch dieses Projekt wird das Informatiksystem der slowakischen Justiz verbessert. Dadurch werden Entscheidungsprozesse vereinfacht und beschleunigt, die Transparenz wird erhöht.

■ Zivilgesellschaft stärken

Förderung der Zivilgesellschaft sowie Wissenstransfer durch Partnerschaften mit der Schweiz

Durch den Fonds für Partnerschaften und NGOs wird in der Slowakischen Republik einerseits die Zivilgesellschaft gestärkt, und andererseits werden Partnerschaften zwischen schweizerischen und slowakischen Gemeinden, Institutionen, Verbänden und Stiftungen ausgebaut und vertieft. Insgesamt werden rund zehn Partnerschaftsprojekte mit Schweizer Fachwissen umgesetzt sowie je mindestens zehn NGO-Projekte im Umwelt- sowie im Sozialbereich durchgeführt.

Weitere Informationen finden Sie unter:

<http://www.swiss-contribution.admin.ch/slovakia/>





ERWEITERUNGSBEITRAG FÜR SLOWENIEN 22 MILLIONEN FRANKEN



Bevölkerung: 2 Millionen
Schweizer Importe aus Slowenien: 321,9 Millionen Franken
Schweizer Exporte nach Slowenien: 315,9 Millionen Franken
Wachstumsrate des realen BIP: -0,2 Prozent
Kaufkraft im Verhältnis zum EU-Ø (2010): 85,0 Prozent
(Quelle: Eurostat, Schweizer Aussenhandelsstatistik, 2011)

PROJEKTZIELE

In Slowenien wurden 8 Projekte im Umfang von 20,9 Millionen Franken genehmigt. Alle Projekte können einem der folgenden Ziele zugeordnet werden:

■ **Wirtschaftswachstum fördern und Arbeitsbedingungen verbessern**

Ausbildung im Bereich Rechnungslegungs- und Buchprüfungsvorschriften
Die Anwendung internationaler Normen im Bereich Rechnungslegung und Buchprüfung verbessert das Investitionsklima und hilft, Finanzkrisen vorzubeugen. Die Schweiz unterstützt deshalb Slowenien in seinen Bemühungen, EU-Recht im Bereich Unternehmensfinanzberichterstattung und -revision umzusetzen.

■ *Stipendienprogramm*

Das Stipendienprogramm ermöglicht Doktoranden und Post-Doktoranden aus Slowenien einen befristeten Forschungsaufenthalt in der Schweiz. Dadurch wird die Zusammenarbeit von schweizerischen und slowenischen Forschungsinstitutionen ausgebaut und der Forschungsplatz Slowenien gefördert.

■ **Soziale Sicherheit erhöhen**

■ *Prävention und Diagnostik von Krebs*

Dieses Projekt finanziert zwei moderne Linearbeschleuniger für die Radiotherapie im Universitätsspital von Maribor. Dadurch erhöht sich die Kapazität von Radiotherapie zur Behandlung von Krebs. Für die Einwohner im Nordosten Sloweniens verringert sich zudem wegen des erleichterten Zugangs und vor allem wegen der kürzeren Transportwege die Wartezeit bis zur Behandlung.

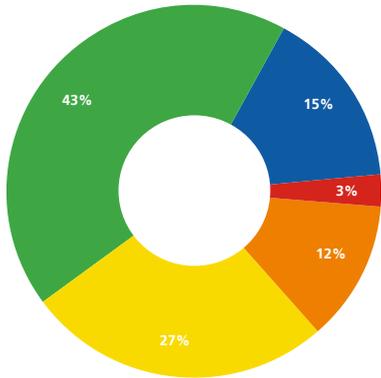
■ **Umwelt schützen**

■ *Energieeffizienz, erneuerbare Energien und Reduktion von Treibhausgasemissionen*

Entlang der Autobahn wird eine Lärmschutzwand mit Solarzellen bestückt. 38 öffentliche Gebäude – darunter Schulen, Kindergärten, ein Schwimmbad und zwei Informationszentren des Triglav-Nationalparks – können künftig mit Solarenergie, Biomasse oder Wärmepumpen beheizt werden. Ergänzend dazu werden Gebäude besser isoliert. Diverse Informationsveranstaltungen, Broschüren und Lernprogramme sensibilisieren die breite Öffentlichkeit, lokale Wirtschaftsvertreter, Lehrer und Schüler für das Thema erneuerbare Energien.



Grafik: Aufteilung des Erweiterungsbeitrags nach Projektzielen



- **Wirtschaftswachstum fördern und Arbeitsbedingungen verbessern**
2 Projekte
CHF 2'500'000
 - **Soziale Sicherheit erhöhen**
1 Projekt
CHF 5'526'200
 - **Umwelt schützen**
2 Projekte
CHF 8'973'800
 - **Zivilgesellschaft stärken**
1 Projekt
CHF 3'226'000
 - **Projektvorbereitung + technische Hilfe**
2 Projekte
CHF 630'000
- Total CHF 20'856'000**
Dazu kommen die Umsetzungskosten auf Schweizer Seite.



■ **Zivilgesellschaft stärken**

Förderung der Zivilgesellschaft sowie Wissenstransfer durch Partnerschaften mit der Schweiz

Durch den Fonds für Partnerschaften und NGOs wird in Slowenien einerseits die Zivilgesellschaft gestärkt, und andererseits werden Partnerschaften zwischen schweizerischen und slowenischen Gemeinden, Institutionen, Verbänden und Stiftungen ausgebaut und vertieft. Insgesamt werden im Rahmen des Fonds rund 50 NGO- und Partnerschaftsprojekte umgesetzt.

Weitere Informationen finden Sie unter:
<http://www.swiss-contribution.admin.ch/slovenia/>





ERWEITERUNGSBEITRAG FÜR DIE TSCHECHISCHE REPUBLIK 110 MILLIONEN FRANKEN



Bevölkerung: 10,5 Millionen

Schweizer Importe aus der Tschechischen Republik: 2'128,7 Millionen Franken

Schweizer Exporte in die Tschechische Republik: 1'565,3 Millionen Franken

Wachstumsrate des realen BIP: 1,7 Prozent

Kaufkraft im Verhältnis zum EU-Ø (2010): 80,0 Prozent

(Quelle: Eurostat, Schweizer Aussenhandelsstatistik, 2011)

PROJEKTZIELE

In der Tschechischen Republik wurden 38 Projekte im Umfang von 104,3 Millionen Franken genehmigt. Rund 40 Prozent dieser Mittel kommen den strukturschwachen Regionen im Osten der Tschechischen Republik zugute. Alle Projekte können einem der folgenden Ziele zugeordnet werden:

■ Wirtschaftswachstum fördern und Arbeitsbedingungen verbessern

Ausbildung im Bereich Rechnungslegungs- und Buchprüfungsvorschriften

Die Anwendung internationaler Normen im Bereich Rechnungslegung und Buchprüfung verbessert das Investitionsklima und hilft, Finanzkrisen vorzubeugen. Die Schweiz unterstützt deshalb die Tschechische Republik in ihren Bemühungen, EU-Recht im Bereich Unternehmensfinanzberichterstattung und -revision umzusetzen.

Garantien für Investitionskredite an KMU

Dank Kreditgarantien durch die Schweiz können rund 120 gesicherte Darlehen an innovative Start-up-Firmen vergeben werden. Damit wird ein Beitrag an die Wettbewerbsfähigkeit des Privatsektors in zwei strukturschwachen Regionen geleistet. Dringend benötigte Arbeitsplätze werden geschaffen.

Stipendienprogramm

Das Stipendienprogramm ermöglicht Doktoranden und Post-Doktoranden aus der Tschechischen Republik einen befristeten Forschungsaufenthalt in der Schweiz. Dadurch wird die Zusammenarbeit von schweizerischen und tschechischen Forschungsinstitutionen ausgebaut und der Forschungsplatz der Tschechischen Republik gefördert.

■ Soziale Sicherheit erhöhen

Stärkung des Gesundheitswesens zugunsten von älteren und unheilbar kranken Menschen

Dieses Projekt finanziert die Renovierung und Ausrüstung von drei Gesundheitszentren in der Tschechischen Republik, in denen Menschen mit chronischen und unheilbaren Krankheiten behandelt werden. Zusätzlich werden Spitex-Dienste in rund 15 Ortschaften eingeführt oder ausgeweitet. Ausserdem werden die im Gesundheitsbereich tätigen NGOs gestärkt.

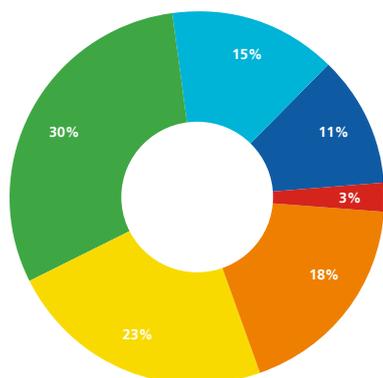
Verbesserter Zugang zu und verbesserte Qualität von Gesundheitsdienstleistungen für ältere, behinderte oder unheilbar kranke Menschen

Anhand dieser zehn Projekte werden bauliche Massnahmen, ein Ausbau der Bettenkapazität sowie die zeitgemässe Ausrüstung und Pflege in zehn Zentren und Heimen für ältere oder kranke Menschen durchgeführt beziehungsweise si-



chergestellt. Dadurch können qualitativ hochstehende Leistungen für ältere oder kranke Personen angeboten werden.

Grafik: Aufteilung des Erweiterungsbeitrags nach Projektzielen



■ Wirtschaftswachstum fördern und Arbeitsbedingungen verbessern

3 Projekte
CHF 19'000'000

■ Soziale Sicherheit erhöhen

11 Projekte
CHF 24'232'423

■ Umwelt schützen

7 Projekte
CHF 31'532'063

■ Öffentliche Sicherheit erhöhen

13 Projekte
CHF 15'093'485

■ Zivilgesellschaft stärken

2 Projekte
CHF 11'635'564

■ Projektvorbereitung + technische Hilfe

2 Projekte
CHF 2'786'465

Total CHF 104'280'000

Dazu kommen die Umsetzungskosten auf Schweizer Seite.

■ Umwelt schützen

Sicherheit und Verlässlichkeit des öffentlichen Lokal- und Regionalverkehrs
Rund zwölf Millionen Fahrgäste pro Jahr profitieren von drei neuen Transportterminalen, einer Tram- und einer Trolleybuslinie sowie von zusätzlichen Verkehrsnetzverbindungen.

Fonds für Studien im Umweltbereich zur Unterstützung der Behörden

Der Fonds unterstützt Kleinprojekte und hilft beim Aufbau von Planungskapazitäten in der öffentlichen Verwaltung und beim Wissenstransfer in den Bereichen Naturschutz und Landschaftspflege, Umweltschutz, Klima- und Luftschutz sowie Wirtschafts- und Umweltpolitik.

■ Öffentliche Sicherheit erhöhen

Kampf gegen Korruption und organisierte Kriminalität, Ausbildung und Ausrüstung der Polizei

Die tschechischen Polizeibehörden werden durch zehn Projekte beim Schutz der Bevölkerung vor Terrorismus und organisiertem Verbrechen, beim Kampf gegen den illegalen Waffen- und den internationalen Drogenhandel sowie bei der Aufdeckung und Bekämpfung von Finanzkriminalität unterstützt. Dies geschieht anhand von Weiterbildungsmassnahmen, der Schaffung einer Eingreiftruppe sowie eines zentralen Feuerwaffenregisters, der Modernisierung der technischen Infrastruktur und von Informationssystemen, der Stärkung der internationalen Zusammenarbeit und der Kapazität einer Anti-Terror-Einheit.

Bewältigung von Naturkatastrophen, Identifikation der Opfer

Dieses Projekt unterstützt die Schaffung, Ausrüstung, Ausbildung sowie die internationale Zusammenarbeit eines tschechischen Teams zur Identifizierung von Katastrophenopfern in der Tschechischen Republik und im Ausland.

Justizreform: Ausbildung von Gerichtsangestellten, Reintegration von Strafgefangenen

Ein Projekt erhöht die Effizienz des Justizsystems in der Tschechischen Republik durch die verbesserte Qualifikation von Mitarbeitern in Gerichten und bei den Strafverfolgungsbehörden. Dies geschieht über die Entwicklung eines einheitlichen Ausbildungssystems und durch die Bereitstellung von e-learning-Kursen für die Aus- und Weiterbildung.

Ein weiteres Projekt verbessert die Qualität und die Verfügbarkeit von Bewährungs- und Wiedereingliederungsprogrammen für Straftäter.

■ Zivilgesellschaft stärken

Zivilgesellschaftliche Initiativen im Sozial- und Umweltbereich

Der Fonds für NGOs in der Tschechischen Republik stärkt die Zivilgesellschaft und fördert deren aktive Teilnahme am gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Leben. Konkret werden Kleinprojekte finanziert, welche NGOs im Sozial- und Umweltbereich zum Teil in Zusammenarbeit mit Schweizer Organisationen ausführen.

Know-how-Transfer durch Partnerschaften mit der Schweiz

Mit dem Partnerschaftsfonds wird die Zusammenarbeit zwischen schweizerischen und tschechischen Städten, Gemeinden und Institutionen gefördert und intensiviert. Insgesamt werden mehr als 100 Kleinprojekte durch einen Austausch von Fachwissen umgesetzt.

Weitere Informationen finden Sie unter:

<http://www.swiss-contribution.admin.ch/czechrepublic/>



ERWEITERUNGSBEITRAG FÜR UNGARN 131 MILLIONEN FRANKEN



Bevölkerung: 10 Millionen
Schweizer Importe aus Ungarn: 852,4 Millionen Franken
Schweizer Exporte nach Ungarn: 942,9 Millionen Franken
Wachstumsrate des realen BIP: 1,7 Prozent
Kaufkraft im Verhältnis zum EU-Ø (2010): 65,0 Prozent
(Quelle: Eurostat, Schweizer Aussenhandelsstatistik, 2011)

PROJEKTZIELE

In Ungarn wurden 39 Projekte im Umfang von 124,2 Millionen Franken genehmigt. Rund 40 Prozent der Mittel kommen den strukturschwachen Regionen Nordungarn und Nördliche grosse Tiefebene zugute. Alle Projekte können einem der folgenden Ziele zugeordnet werden:

■ Wirtschaftswachstum fördern und Arbeitsbedingungen verbessern

Risikokapital für KMU

Bis zu acht ungarische KMU erhalten Zugang zu langfristiger Finanzierung, wodurch unter anderem Stellen für hoch qualifizierte Arbeitskräfte geschaffen werden können. Mit Risikokapital – d.h. der Beteiligung an den Eigenmitteln der Unternehmen – kann das Wachstum von KMU in zukunftsträchtigen Sektoren finanziert werden. Die ergänzende technische Begleitung ermöglicht es, die Managementmethoden zu modernisieren.

Tourismus- und Exportförderung

Die strukturschwachen Regionen werden als Reiseziele besser vermarktet. Gezielte Ausbildungen erhöhen die Qualität der touristischen Dienstleistungen. Die Anzahl Besucher soll um 5% steigen.

Regionalentwicklung: Förderung der lokalen Wirtschaft in benachteiligten Mikroregionen (inkl. Tourismus)

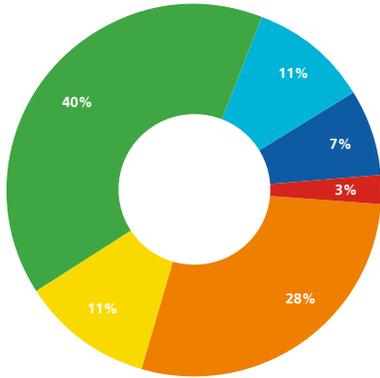
Zwei Projekte fördern in strukturschwachen Regionen Ungarns den Tourismus und die Vermarktung regionaler Produkte. Durch diese Projekte werden rund 150 Arbeitsplätze geschaffen.

Stipendien- und Forschungsprogramm

Durch das Stipendienprogramm können über 60 ungarische Akademikerinnen und Akademiker einen Forschungsaufenthalt an einer Schweizer Hochschule absolvieren. Dies fördert und intensiviert die Beziehungen von schweizerischen und ungarischen Hochschulen und stärkt Ungarn auch als Forschungsstandort. Das Forschungsprogramm in Ungarn umfasst sechs Projekte. So wird beispielsweise die einzige deutsche Universität in Ungarn durch Schweizer Expertenwissen unterstützt. Ein Projekt befasst sich mit der Entwicklung von Geräten zur visuellen Erkennung, welche Blinden im Alltag helfen sollen. Weitere Forschungsprojekte betreffen die Medikamentenentwicklung zur besseren Bekämpfung von chronischen Schmerzen, die sichere Entsorgung von radioaktivem Abfall, neue Methoden zur Behandlung und fachgerechten Entsorgung giftiger industrieller Abwässer sowie die Ertragssteigerung bei der fotochemischen Energiewandlung.



Grafik: Aufteilung des Erweiterungsbeitrags nach Projektzielen



- **Wirtschaftswachstum fördern und Arbeitsbedingungen verbessern**
12 Projekte
CHF 35'361'058
- **Soziale Sicherheit erhöhen**
2 Projekte
CHF 14'000'000
- **Umwelt schützen**
13 Projekte
CHF 49'677'639
- **Öffentliche Sicherheit erhöhen**
8 Projekte
CHF 13'006'617
- **Zivilgesellschaft stärken**
2 Projekte
CHF 9'000'000
- **Projektvorbereitung + technische Hilfe**
2 Projekte
CHF 3'152'686

Total CHF 124'198'000

Dazu kommen die Umsetzungskosten auf Schweizer Seite.

■ Soziale Sicherheit erhöhen

Verbesserte Grundversorgung im Gesundheitswesen und Stipendien für bestimmte Bevölkerungsgruppen

Ein Pilotprojekt erbringt durch neu eingerichtete Gruppenpraxen ein breiteres Angebot von qualitativ verbesserten Gesundheitsleistungen für 50'000 Personen in benachteiligten Regionen im Nordosten Ungarns. Unterstützt durch begleitende Forschung liefert dieses Pilotprojekt die Grundlage dafür, das Modell anschließend landesweit einzuführen.

Zusätzlich werden in einem weiteren Projekt über 900 Sekundarschüler aus benachteiligten Bevölkerungsgruppen durch ein Stipendienprogramm dabei unterstützt, die Sekundarschule erfolgreich abzuschliessen beziehungsweise den Übergang an eine weiterführende Schule zu erreichen.

■ Umwelt schützen

Verbesserung der Wasserversorgung und der Wasserqualität

100 Kilometer Rohrleitungen werden renoviert und 40 Kilometer neu gebaut. Dank diesen Arbeiten verbessert sich die Wasserqualität und die Unterhaltskosten werden gesenkt.

Modernisierung der Umweltüberwachungssysteme

Das für die Überwachung von Abfalldeponien zuständige Inspektorat wird mit mobilen Mess- und Analysegeräten ausgestattet. Zudem beteiligt sich die Schweiz an der Verbesserung des ungarischen Luftqualitätsnetzwerks, indem regionale Laboratorien modernisiert und zwei mobile Überwachungsstationen finanziert werden.

Verbesserung der Energieeffizienz

In zehn Immigrationszentren und Polizeistationen soll der Energieverbrauch um 50% reduziert werden, wodurch auch die Unterhaltskosten gesenkt werden können.

Förderung von Biodiversität und Naturschutz

Durch diese sechs Projekte werden Revitalisierungs- und Schutzmassnahmen auf rund 2'700 Hektaren in besonders artenreichen Gebieten ausgearbeitet, Grundlegendaten auf einer Fläche von mehr als einer Million Hektaren erhoben und Monitoring-Systeme in einem Gebiet von über 12'500 km² aufgebaut. Basierend auf diesen Grundlegendaten sensibilisiert ein Projekt die Öffentlichkeit für den Umweltschutz anhand einer breiten Aufklärungskampagne und trägt so zum Erhalt der teilweise neuen, geschützten Gebiete bei. Zudem werden zahlreiche Schulprojekte unterstützt mit dem Ziel, über 600 Schulen/Kindergärten bezüglich ihres nachhaltigkeitsfördernden Unterrichts zu zertifizieren und 200'000 Schülerinnen und Schüler in umweltrelevanten Fragen weiterzubilden.





■ Öffentliche Sicherheit erhöhen

Verbesserung der öffentlichen Sicherheit dank einem Pilotansatz in der Polizeiarbeit

Um heutige Sicherheitsprobleme zu lösen und die Sicherheitssituation zu verbessern, muss die Polizei vermehrt mit öffentlichen und privaten Akteuren zusammenarbeiten. Ein Projekt führt diese bevölkerungsnahen Polizei in vier Städten ein und legt gleichzeitig die Basis für eine landesweite Einführung. Dies geschieht in Zusammenarbeit mit Spezialisten aus der Schweiz.

Bewältigung von Naturkatastrophen: Hochwasserschutz entlang der Theiss (Tisza) bzw. in Nord- / Nordostungarn

Mehrere Projekte, vor allem im Einzugsgebiet der Theiss, erhöhen den Schutz vor Hochwassern in Ungarn. Durch verbesserte Hochwasserprognosen oder Sanierungen von Dammbauwerken werden rund 350'000 Einwohner im Nordosten Ungarns besser vor Überschwemmungen geschützt.

Verbesserung der Ausrüstung in Gerichtsgebäuden

104 neue Metalldetektoren und 45 Röntgenscanner erhöhen die Sicherheit in den ungarischen Gerichtsgebäuden, weitere 1'000 neue Computer steigern die Leistungsfähigkeit der Angestellten.

■ Zivilgesellschaft stärken

Zivilgesellschaftliche Initiativen im Sozial- und Umweltbereich

Mit dem Fonds für NGOs wird die Zivilgesellschaft in Ungarn gestärkt. Insgesamt werden über 250 Kleinprojekte in Bereichen wie Nachhaltigkeit, Mitspracherecht von NGOs im politischen Entscheidungsprozess sowie verbesserte Sozialdienstleistungen umgesetzt, viele davon unter Einbezug von Schweizer Institutionen.

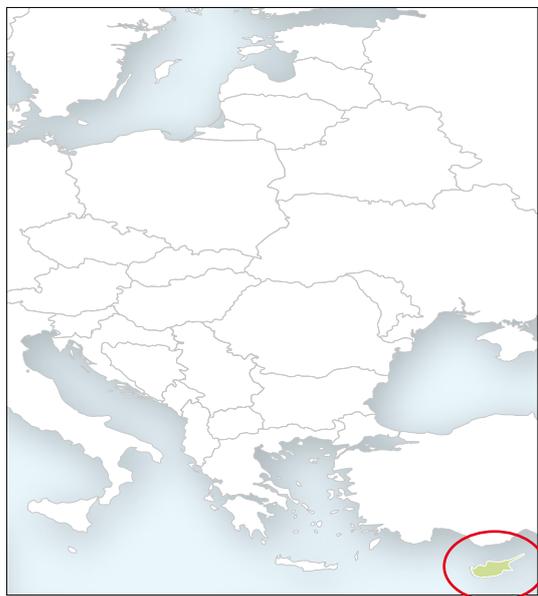
Partnerschaften zwischen schweizerischen und ungarischen Gemeinden, Verbänden, NGOs und weiteren Non-Profit-Organisationen

Durch den Partnerschaftsfonds wird die Zusammenarbeit von schweizerischen und ungarischen Gemeinden und anderen öffentlichen Behörden sowie Vereinen und Stiftungen ausgebaut und vertieft. Im Rahmen des Fonds werden bis zu 45 Partnerschaftsprojekte umgesetzt, welche die Lebensbedingungen der lokalen Bevölkerung verbessern.

Weitere Informationen finden Sie unter:
<http://www.swiss-contribution.admin.ch/hungary/>



ERWEITERUNGSBEITRAG FÜR ZYPERN 6 MILLIONEN FRANKEN



Bevölkerung: 0,8 Millionen
Schweizer Importe aus Zypern: 8,5 Millionen Franken
Schweizer Exporte nach Zypern: 70,7 Millionen Franken
Wachstumsrate des realen BIP: 0,5 Prozent
Kaufkraft im Verhältnis zum EU-Ø (2010): 99,0 Prozent
(Quelle: Eurostat, Schweizer Aussenhandelsstatistik, 2011)

PROJEKTZIELE

In Zypern wurden 3 Projekte im Umfang von 5,7 Millionen Franken genehmigt. Alle Projekte können einem der folgenden Ziele zugeordnet werden:

■ Wirtschaftswachstum fördern und Arbeitsbedingungen verbessern

Modernisierung der Berufsbildung im technischen Bereich

Die Schweiz unterstützt in Zypern ein Projekt zur Modernisierung der technischen Berufsbildung. Damit soll jungen Menschen der Einstieg ins Berufsleben vereinfacht, die soziale Ausgrenzung von Arbeitslosen vermindert und die Möglichkeit zur Verbesserung der beruflichen Fähigkeiten von Arbeitnehmern geschaffen und langfristig gesichert werden.

■ Umwelt schützen

Neubau einer Kläranlage zur Behandlung von Schmutzwasser

Ein Projekt unterstützt den Neubau einer zeitgemässen Schlammkläranlage mit dem Ziel, die Wasserqualität im Polemidia-Speichersee auf den nötigen Standard zu bringen. Die Anlage ermöglicht die Klärung von Sickergrubenschlamm und des belasteten Wassers aus einer grossen Abfalldeponie, zwei Quellen, aus denen ansonsten Schmutzwasser unkontrolliert abfließt. Das Eindringen von Schlamm und Abfällen in den Stausee wird so verhindert. Das Projekt trägt somit zur Behebung eines ernsthaften Umweltproblems auf Zypern bei.

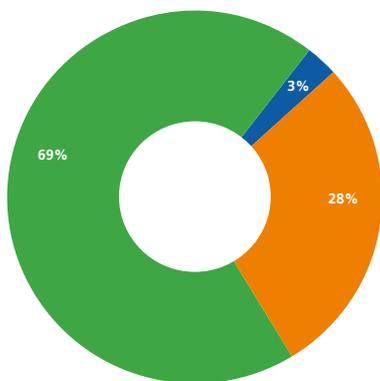
■ Zivilgesellschaft stärken

Begegnungszentrum zur Förderung des kulturellen Austausches auf Zypern

Durch dieses Projekt konnte, mit Hilfe weiterer am Projekt beteiligter Geberländer, ein verlassenes Haus in der zypriotischen Pufferzone erworben, komplett renoviert und zum Begegnungs- und Kulturzentrum umfunktioniert werden. Das Zentrum konnte Anfang Mai 2011 seine Tore öffnen und fördert seither den Dialog zwischen den Bevölkerungsgruppen. Es leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Versöhnung und Friedensbildung auf Zypern.

Weitere Informationen finden Sie unter:
<http://www.swiss-contribution.admin.ch/cyprus/>

Grafik: Aufteilung des Erweiterungsbeitrags nach Projektzielen



■ Wirtschaftswachstum fördern und Arbeitsbedingungen verbessern

1 Projekt
CHF 1'599'700

■ Umwelt schützen

1 Projekt
CHF 3'935'150

■ Zivilgesellschaft stärken

1 Projekt
CHF 153'150

Total CHF 5'688'000

Dazu kommen die Umsetzungskosten auf Schweizer Seite.

Anhang 2: Übersicht nach Projektzielen und Partnerstaaten

Beträge in Mio. CHF	PL	HU	CZ	LT	SK	LV	EE	SI	CY	MT	TOTAL
Wirtschaftswachstum fördern und Arbeitsbedingungen verbessern											272.72
Zugang zu externer Finanzierung für Mikrounternehmen und KMU	53.00	15.22	10.00			7.92					86.14
Exportförderung für KMU	4.87	2.15									7.02
Regulierung des Finanzsektors	10.00		2.00			1.53	1.80	1.50			16.83
Regionale Entwicklung und Beschäftigung	47.70	7.38			7.57				1.60		64.25
Forschung und Entwicklung	42.20	10.61	7.00	13.05	3.00	2.50	2.22	1.00		1.90	83.48
Soziale Sicherheit erhöhen											145.43
Basis-Gesundheitsdienste		13.00	11.18								24.18
Modernisierung von Spitälern				26.60			0.34	5.53		2.79	35.26
Prävention	17.05										17.05
Sozialdienste für bestimmte Zielgruppen	22.43		13.05		4.81	4.00	5.64				49.93
Verschiedene soziale Dienstleistungen		1.00				13.77	4.24				19.01
Umwelt schützen											371.02
Öffentlicher Verkehr	38.03		30.53								68.56
Trinkwasserversorgung		24.91									24.91
Abwasserreinigung					27.01	13.00			3.94		43.95
Energieeffizienz und erneuerbare Energie	115.13	5.77		19.00			6.50	8.97			155.37
Umweltmonitoring		10.83					8.50				19.33
Abfallentsorgung	35.75										35.75
Biodiversität	9.82	8.17	1.00		4.16						23.15
Öffentliche Sicherheit erhöhen											88.15
Modernisierung des Gerichtswesens		4.23	2.84	1.77	3.21	8.00	0.64				20.69
Grenzsicherheit	30.99						3.96				34.95
Kampf gegen Korruption und organisierte Kriminalität		2.00	11.18		3.37						16.55
Bewältigung von Naturkatastrophen und Notsituationen	1.01	6.78	1.08		3.32	2.38	1.39				15.96
Zivilgesellschaft stärken											69.18
Nichtregierungsorganisationen (NGOs)	24.70	5.00	6.59	5.55	5.51	3.50	2.50	3.23	0.15		56.73
Bilaterale Partnerschaften	3.40	4.00	5.05								12.45
Projektvorbereitung und technische Hilfe	8.50	3.15	2.79	1.34	1.55	0.27	0.18	0.63		0.05	18.46
TOTAL	464.54	124.20	104.29	67.31	63.51	56.87	37.91	20.86	5.69	4.74	950.00

Anhang 3: Entwicklung der Partnerstaaten

Tabelle 1: Wirtschaftliche Entwicklung

Land	Wachstumsrate des realen BIP ¹			Kaufkraft im Verhältnis zum EU-Ø ²	Arbeitslosenquote ³	Von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohte Personen in % ⁴
	2009	2010	2011			
Bulgarien	-5,5	0,4	1,7	44	11,3	41,6
Estland	-14,3	2,3	7,6	64	12,5	21,7
Lettland	-17,7	-0,3	5,5	51	15,4	38,1
Litauen	-14,8	1,4	5,9	57	15,4	33,4
Malta	-2,7	2,3	2,1	83	6,5	20,6
Polen	1,6	3,9	4,3	63	9,7	27,8
Rumänien	-6,6	-1,6	2,5	47	7,4	41,4
Slowakei	-4,9	4,2	3,3	74	13,5	20,6
Slowenien	-8,0	1,4	-0,2	85	8,2	18,3
Tschechische Rep.	-4,7	2,7	1,7	80	6,7	14,4
Ungarn	-6,8	1,3	1,7	65	10,9	29,9
Zypern	-1,9	1,1	0,5	99	7,8	24,0
EU-27	-4,3	2,0	1,5	100	9,7	23,5
Schweiz	-1,9	2,7	1,9	147	-	17,1

Quelle: Eurostat Mai 2012

1 Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist ein Mass der wirtschaftlichen Aktivität. Es ist definiert als der Wert aller produzierten Güter und erbrachten Dienstleistungen abzüglich des Wertes der zu deren Generierung verbrauchten Güter und Dienstleistungen. Die Berechnung der jährlichen Wachstumsrate des BIP-Volumens soll Vergleiche der Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung sowohl über die Zeit hinweg als auch zwischen Ländern unterschiedlicher Grösse ermöglichen. Zur Berechnung der Wachstumsrate des BIP in Volumeneinheiten wird das in aktuellen Preisen gemessene BIP zu Preisen des Vorjahres bewertet und die so berechneten Volumenänderungen auf das Niveau eines Referenzjahres angewendet. Dies bewirkt, dass Preisänderungen keinen Einfluss auf die Wachstumsrate ausüben.

2 Der Volumenindex des BIP in Kaufkraftstandards (KKS) pro Kopf wird relativ zum Durchschnitt der Europäischen Union (EU-27), der zu 100 gesetzt ist, ausgedrückt. Ist der Indexwert eines Landes grösser als 100, so hat dieses Land ein BIP pro Kopf über dem EU-Durchschnitt (und umgekehrt). Die zugrunde liegenden Zahlen sind in KKS ausgedrückt, einer einheitlichen Währung, die Preisniveauunterschiede zwischen Ländern ausgleicht und damit aussagekräftige BIP-Volumenvergleiche erlaubt.

3 Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an der Erwerbsbevölkerung. Die Erwerbsbevölkerung ist die Summe der Erwerbstätigen und der Arbeitslosen. Zu den Arbeitslosen zählen alle Personen von 15 bis 74 Jahren, a) die während der Berichtswoche ohne Arbeit waren; b) die

gegenwärtig für eine Beschäftigung verfügbar waren, d. h. Personen, die innerhalb der zwei auf die Berichtswoche folgenden Wochen für eine abhängige Beschäftigung oder eine selbständige Tätigkeit verfügbar waren; c) die aktiv auf Arbeitssuche waren, d. h. Personen, die innerhalb der letzten vier Wochen (einschließlich der Berichtswoche) spezifische Schritte unternommen haben, um eine abhängige Beschäftigung oder eine selbständige Tätigkeit zu finden oder die einen Arbeitsplatz gefunden haben, die Beschäftigung aber erst später, d. h. innerhalb eines Zeitraums von höchstens drei Monaten aufnehmen.

4 Dieser Indikator entspricht der Summe der Personen, die armutsgefährdet sind oder unter materieller Deprivation leiden oder in Haushalten mit sehr niedriger Erwerbstätigkeit leben. Als von Armut bedroht gelten Personen mit einem verfügbaren Äquivalenzeinkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle, die bei 60 % des nationalen verfügbaren medianen Äquivalenzeinkommens (nach Sozialtransfers) liegt. Bei Personen, die unter erheblicher materieller Deprivation leiden, sind die Lebensbedingungen aufgrund fehlender Mittel stark eingeschränkt, und sie sind nicht in der Lage, für mindestens sechs der folgenden neun Ausgaben aufzukommen: i) Miete und Versorgungsleistungen, ii) angemessene Beheizung der Wohnung, iii) unerwartete Ausgaben, iv) jeden zweiten Tag eine Mahlzeit mit Fleisch, Fisch oder gleichwertiger Proteinzufuhr, v) einen einwöchigen Urlaub an einem anderen Ort, vi) ein Auto, vii) eine Waschmaschine, viii) einen Farbfernseher oder ix) ein Telefon.

Tabelle 2: Menschliche und soziale Entwicklung

Land	Index der menschlichen Entwicklung (HDI) ⁵		Korruptionswahrnehmungsindex ⁶		Gini Koeffizient ⁷	Lebenserwartung (im Alter von 1 Jahr) ⁸		Säuglingssterblichkeit ⁹	
	2011		2011		2010	2009	2010	2009	2010
	Wert	Rang	Wert	Rang					
Bulgarien	0,771	55	3,3	86	33,2	73,4	73,5	9,0	9,4
Estland	0,835	34	6,4	29	31,3	74,5	75,2	3,6	3,3
Lettland	0,805	43	4,2	61	36,1	72,8	73,1	7,8	5,7
Litauen	0,810	40	4,8	50	36,9	72,5	72,8	4,9	4,3
Malta	0,832	36	5,6	39	28,4	79,8	80,9	5,3	5,5
Polen	0,813	39	5,5	41	31,1	75,3	75,8	5,6	5,0
Rumänien	0,781	50	3,6	75	33,3	73,3	73,5	10,1	9,8
Slowakei	0,834	35	4,0	66	25,9	74,7	75,0	5,7	5,7
Slowenien	0,884	21	5,9	35	23,8	78,5	79,0	2,4	2,5
Tschechische Rep.	0,865	27	4,4	57	24,9	76,6	76,9	2,9	2,7
Ungarn	0,816	38	4,6	54	24,1	73,8	74,1	5,1	5,3
Zypern	0,840	31	6,3	30	29,1	80,4	80,8	3,3	3,2
EU-27	-	-	6,3	-	30,5	79,0	-	4,2	-
Schweiz	0,903	11	8,8	8	29,5	81,7	82,0	4,3	3,8

5 Der Human Development Index (HDI) misst die Lebensqualität und das Entwicklungsniveau in einem Land. Das Instrument berücksichtigt drei Faktoren: Lebenserwartung, Bildung und Einkommen. (Quelle: UNDP)

6 Seit 1995 klassifiziert Transparency International weltweit Länder bezüglich der von der Zivilbevölkerung wahrgenommenen Korruption im öffentlichen Sektor. Dieser Index bewertet die Länder aufgrund von Umfragen auf einer Skala von 0 (sehr korrupt) bis 10 (nicht korrupt). (Quelle: Transparency International)

7 Der Gini-Koeffizient ist ein Indikator für Ungleichheit (Lohn, Einkommen, Lebensstandard etc.). Sein Wert variiert zwischen 0 und 100. Bei absoluter Gleichverteilung beträgt der Index 0. Bei völliger Ungleichheit, wenn also alle Einkommen ausser einem Null sind, beträgt der Index 100. (Quelle: SILC)

8 Quelle: Eurostat Mai 2012

9 Verhältnis der Zahl der Todesfälle bei Kindern unter einem Jahr während eines Jahres zur Zahl der Lebendgeburten im selben Jahr. Der Wert wird in 1'000 Lebendgeburten ausgedrückt. (Quelle: Eurostat Mai 2012)

Tabelle 3: Umwelt und Energie

Land	Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttoendenergieverbrauch in % ¹⁰	Emission von Treibhausgasen, Kyoto Basisjahr = 100 ¹¹	Anschluss der Bevölkerung an die öffentliche Wasserversorgung in %	Bevölkerungsanteil mit Anschluss an kommunale Kläranlagen in %	Angemessenheit der designierten Gebiete unter der EU-Habitatsrichtlinie in % ¹²
	2010	2009	2009	2009	2010
Bulgarien	13,8	-	99	45	94
Estland	22,8	40	80	80	98
Lettland	34,3	41	-	-	95
Litauen	17,0	44	76	71	66
Malta	0,2	-	100	48	98
Polen	8,9	67	87	64	78
Rumänien	23,4	-	55	29	82
Slowakei	10,3	60	86	-	74
Slowenien	16,9	95	-	52	74
Tschechische Rep.	8,5	68	-	-	60
Ungarn	7,7	58	95	-	86
Zypern	4,6	-	100	-	40
EU-27	11,7	-	-	-	89
Schweiz	-	98	-	-	-

Quelle: Eurostat Mai 2012

10 Quellen für erneuerbare Energie sind Solarenergie, thermische und photovoltaische Energie, Energie aus Wasserkraft (einschliesslich durch Gezeiten, Wellen und Ozeane erzeugte Energie), Windenergie, geothermische Energie und Energie aus Biomasse (einschliesslich Energie aus biologischen Abfällen und flüssigen Biobrennstoffen). Der Beitrag von mit Wärmepumpen erzeugter erneuerbarer Energie wird für die Mitgliedsstaaten berücksichtigt, in denen entsprechende Daten vorlagen.

11 Die jährlichen Gesamtemissionen werden im Vergleich zum „Kyoto-Basisjahr“ dargestellt. Als Basisjahr wurden generell das Jahr 1990 für die nicht fluorierten Gase und das Jahr 1995 für die fluorierten Gase festgelegt. Im Kyoto-Protokoll werden die folgenden Treibhausgase erfasst: Kohlendioxid (CO₂), Methan (CH₄), Distickstoffoxid (N₂O) und die sogenannten F-Gase (Fluorkohlenwasser-

stoffe, Perfluorkohlenwasserstoffe und Schwefelhexafluorid (SF₆). Diese Treibhausgase werden anhand ihres jeweiligen Treibhauspotenzials (Global Warming Potential - GWP) gewichtet und zu einer Einheit aggregiert. Diese aggregierten Treibhausgasemissionen werden als Einheiten in CO₂-Äquivalenten ausgedrückt.

12 Der Index über die Angemessenheit der Vorschläge der Mitgliedsstaaten zur Ausweisung von Schutzgebieten gemäss der EU-Habitatsrichtlinie misst das Ausmass dieser Gemeinschaftsgebiete, die von den Mitgliedsstaaten vorgeschlagen wurden, und die zu berücksichtigenden Arten, die im Anhang I und II der Richtlinie aufgelistet werden. 100% bedeutet, dass die Vorschläge zum Schutz von natürlichen Lebensräumen (Anhang I) sowie von Tieren und Pflanzenarten (Anhang II) von gemeinschaftlichem Interesse in den Gebieten der Mitgliedsländer ausreichend sind.

Anhang 4: Weitere Informationen



Informationen rund um den Erweiterungsbeitrag sind unter www.erweiterungsbeitrag.admin.ch in deutscher, französischer, italienischer und englischer Sprache erhältlich. In der Rubrik „Projekte unter der Lupe“ wird der Erweiterungsbeitrag mittels diverser Projekte beispielhaft dargestellt.

Webseiten der nationalen Koordinationsstellen in den Partnerstaaten:

- Bulgarien: www.swiss-contribution.bg
- Estland: www.swiss-contribution.ee
- Lettland: www.swiss-contribution.lv
- Litauen: www.swiss-contribution.lt
- Malta: www.swiss-contribution.gov.mt
- Polen: www.swiss-contribution.pl
- Rumänien: www.swiss-contribution.ro
- Slowakei: www.swiss-contribution.sk
- Slowenien: www.swiss-contribution.si
- Tschechische Republik: www.swiss-contribution.cz
- Ungarn: www.swiss-contribution.hu
- Zypern: www.swiss-contribution.gov.cy

Webseiten der Büros Erweiterungsbeitrag:

- Bulgarien: www.swiss-contribution.admin.ch/bulgaria/
- Estland: www.swiss-contribution.admin.ch/estonia/
- Lettland: www.swiss-contribution.admin.ch/latvia/
- Litauen: www.swiss-contribution.admin.ch/lithuania/
- Malta: www.swiss-contribution.admin.ch/malta/
- Polen: www.swiss-contribution.admin.ch/poland/
- Rumänien: www.swiss-contribution.admin.ch/romania/
- Slowakei: www.swiss-contribution.admin.ch/slovakia/
- Slowenien: www.swiss-contribution.admin.ch/slovenia/
- Tschechische Republik: www.swiss-contribution.admin.ch/czechrepublic/
- Ungarn: www.swiss-contribution.admin.ch/hungary/
- Zypern: www.swiss-contribution.admin.ch/cyprus/

Impressum

Herausgeber:

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA

3003 Bern

Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement EVD

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO

3003 Bern

Gestaltung:

Mark Manion, Communication Arts

Fotos: Titelseite: Bild rechts Stefan Salzmann; Seite 3: Stefan Salzmann, Toomas Tuul; Seite 5: Bild 1 Jarek Jøepera, Bild 2 und 3 Presse- und Informationszentrum der Republik Zypern; Seite 10: Bild rechts Stane Jeršič und Barbara Jakše Jeršič; Seite 12: Bild links Presse- und Informationszentrum der Republik Zypern; Seite 13: Bild rechts Stefan Salzmann; Seite 15: Bild 1 Stane Jeršič und Barbara Jakše Jeršič, Bild 3 Toomas Tuul; Seite 24: Jarek Jøepera, Toomas Tuul; Seite 30: Maryline Dafflon / DEZA; Seiten 34-35: SACR; Seiten 36-37: Stane Jeršič und Barbara Jakše Jeršič; Seite 38: Bild 2 Thomas Krajnik / DEZA; Seiten 41-42: André Chatelain / DEZA; Seite 48: Toomas Tuul

Bestellungen:

www.deza.admin.ch (Rubrik «Publikationen»)

Fachkontakt:

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA

Abteilung Neue EU-Mitgliedstaaten

Freiburgstrasse 130

3003 Bern

Telefon: +41 31 322 68 46

swiss-contribution@deza.admin.ch

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO

Ressort Erweiterungsbeitrag/Kohäsion

Holzikofenweg 36

3003 Bern

Telefon: +41 31 322 78 24

swiss-contribution@seco.admin.ch

www.erweiterungsbeitrag.admin.ch

Bern, September 2012